№ 295
B 145
Abend-Ausgabe
Berlin
Montag, 23. Juni 1924
10 Pfennig
Gegründet 1704
Mit Kurszettel

Vossische Zeitung

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein Chefredakteur: Georg Bernhard Verantw. Redakteur (m Ausn d Handelsteile) Carl Misch Berlin Unverl. Manuskripte werden nur zurückgesandt wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech Zentrale Ullstein Amt Dönhoff 5600—2663. für den Fernverkehr Amt Dönhoff 5686—5695. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus. Berlin Postscheckkonto Berlin 660.

Der moralische Pakt von Chequers.

Demokratische Europa-Politik.

Das Ergebnis der Konferenz.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wbe **London**, 23. Juni.

Das englische Auswärtige Amt gab gestern abend das folgende zwischen den Premierministern vereinbarte Communiqué über die Unterredung in Chequers aus:

„Der französische und der englische Premierminister haben am Sonnabend und Sonntag in Chequers eine Zusammenkunft gehabt. Eine freundschaftliche nichtoffizielle Diskussion hat stattgefunden über die verschiedenen Fragen, welche sich aus dem Dawesbericht ergeben, und über die Maßnahmen, die geeignet sind, den Dawesplan anzuwenden. Es konnten natürlich keine endgültigen Beschlüsse gefaßt werden vor einer Beratung mit den Regierungen von Italien und Belgien. Aus der Unterhaltung ergab sich eine allgemeine Uebereinstimmung des englischen und französischen Standpunktes, sowie bei beiden Ministerpräsidenten die gemeinsame Entschlossenheit, die Schwierigkeiten, von denen ihre Länder und die ganze Welt betroffen sind, durch eine fortdauernde Zusammenarbeit zu lösen. Es wurde beschlossen, daß vorbehaltlich der Zustimmung der anderen Alliierten eine Konferenz, die nicht später als Mitte Juli stattfinden soll, nach London einberufen werden soll, um endgültig das Verfahren für die Anwendung des Dawesplans festzusetzen. Die beiden Premierminister haben sich ferner darüber geeinigt, zur Eröffnung der Plenarversammlung des Völkerbundes auf kurze Zeit nach Genf zu kommen."

Am späten Abend wurde von französischer amtlicher Seite das amtliche englische Communiqué durch folgende Erklärung ergänzt:

„Angesichts der erheblichen Schwierigkeiten, von denen unsere beiden Länder und die ganze Welt betroffen sind, haben wir uns darüber in Uebereinstimmung befunden, einen moralischen Pakt (un pact moral) der dauernden Zusammenarbeit abzuschließen."

Dieser Zusatz wird in unterrichteten englischen und französischen Kreisen allgemein dahin interpretiert, daß Ramsay Macdonald und Herriot beschlossen haben, über den Rahmen der Lösung der Reparationsfrage hinaus eine gemeinsame internationale Politik der beiden führenden Demokratien zu entwerfen, die in allgemeinen Fragen, wie die Bekämpfung der internationalen Reaktion, die Lösung des russischen Problems und der Orientfrage zum Ausdruck kommen soll.

Im übrigen kann man annehmen, daß die Ministerpräsidenten sich über folgende Punkte verständigt haben:

1. England und Frankreich sind sich endgültig darüber einig geworden, daß der Dawesbericht ohne schwerwiegende Aenderungen oder Vorbehalte angenommen werden muß, so daß dann die hauptsächlichste Schwierigkeit, welche einer interalliierten Konferenz entgegenstand, beseitigt worden ist.

2. Die Einberufung der Konferenz der Alliierten nach London deutet darauf hin, daß Ramsay Macdonald mit seiner Auffassung durchgedrungen ist, wonach man den Dawesbericht im Sinne der englisch-amerikanischen Auffassungen, d. h. ohne besondere Kautelen oder Strafandrohungen für den Fall eines deutschen Zahlungsverzugs, also auf Seite der Alliierten im Geiste des guten Willens anzuwenden bereit ist; ferner ist der Schluß gerechtfertigt, daß Herriot keine für die englische Politik unannehmbaren Ansichten bezüglich des Abbaues des Wirtschaftsregimes im Rheinland und der schrittweisen Aufgabe der militärischen Besetzung zum Ausdruck gebracht hat.

3. Die Ankündigung, daß Herriot und Ramsay Macdonald gemeinsam der Eröffnung der Plenarversammlung des Völkerbundes in Genf beiwohnen wollen, kann nur dahin ausgelegt werden, daß die beiden Ministerpräsidenten sich darüber geeinigt haben, dem Völkerbund wichtige Aufgaben, vor allem auf dem Gebiete der Abrüstung und der Lösung der Sicherheitsfragen zu übertragen. Wenn dies aber der Fall ist, so hat Herriot zweifellos dem englischen Standpunkt Rechnung getragen, der stets von der Auffassung ausgegangen ist, daß man nur einem durch Deutschlands Eintritt als gleichberechtigtes Mitglied erweiterten Völkerbund wesentliche internationale politische Aufgaben übertragen könne.

In gut unterrichteten politischen Kreisen verlautet, daß Herriot und Ramsay Macdonald einstweilen den 16. Juli als Datum für die Eröffnung der Konferenz der alliierten Premierminister in Aussicht genommen haben, weil man hofft, daß alsdann die Verabschiedung der deutschen Gesetze zur Ausführung des Dawesplanes wesentliche Fortschritte gemacht haben werden, so daß sich die Ministerpräsidenten auf Grund der vorliegenden Berichte ein Urteil bilden können über das Maß des von Deutschland bekundeten guten Willens. Die englische Einladung an die anderen Alliierten dürfte bereits in den nächsten Tagen übermittelt werden.

„Das weite Feld der Fragen, die der Dawes-Plan berührt, wurde gründlich geprüft. Eine vollständige Verständigung wurde darüber erzielt, wie die Bestimmungen des Dawes-Berichtes ausgeführt werden könnten. Ich glaube, daß sich herausstellen wird, daß seitens der Alliierten jeder Versuch gemacht worden wird, um die Bedingungen für Deutschland zu erleichtern, unter der Voraussetzung, daß keine Ansprüche eines militaristischen Nationalismus die Lage erschweren. Herriot und Ramsay Macdonald haben stets einen Unterschied zwischen der deutschen Demokratie und den deutschen Reaktionären gemacht. Sie sind bereit, mit der deutschen Demokratie großzügig zu verfahren. Sollte es aber den Nationalisten gelingen, die deutsche Regierung zu beherrschen, so würde sich die Haltung der Alliierten zweifellos verstellen. England und Frankreich, um es kurz zu sagen, werden so weit wie möglich gehen, um ein freundschaftliches Uebereinkommen zu erreichen, und sie hoffen, daß Deutschland ihnen so weit wie möglich entgegenkommen wird. Die Unterhaltungen von Chequers bedeuten die endgültigen Verabredungen zu einem Versuch, die **Einschüchterung und Gehässigkeit durch guten Willen und Zusammenarbeit zu ersetzen.** Wenn andere Staatsmänner bereit sind die Probleme in demselben Geiste wie Herriot und Macdonald aufzufassen, könnten die nächsten Monate bereits die Lösung dieser amtlichen Kommuniqués bestehen darin, daß die beiden Premierminister der Völkerbundversammlung beiwohnen werden. Das bedeutet eine Geste der Solidarität mit dem Völkerbunde und des Glaubens an den Völkerbund, und ich habe Grund, anzunehmen, daß die Geste Hervorragendes bedeuten soll, daß sie nämlich bedeuten wird, daß **Deutschland eingeladen werden wird, sowohl in der Völkerbundversammlung als im Völkerbundrate einen Platz einzunehmen und daß die Frage der Sicherheit und der Militärkontrolle alsdann vom Völkerbund übernommen werden dürfte.**"

Der Verlauf der Konferenz.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wbe **London**, 23. Juni.

Ueber den Verlauf der Konferenz erfahre ich von gut unterrichteter diplomatischer Seite folgendes: In den Unterhaltungen zwischen Ramsay Macdonald und Herriot, die am Sonnabend von 8 Uhr abends bis 2 Uhr nachts und am Sonntag von 9½ Uhr vormittags bis 2 Uhr nachmittags gedauert haben, wurde zunächst die grundsätzliche Einstellung der englischen und französischen Regierung zu der Frage der Anwendung des Dawes-Berichtes erörtert. Ramsay Macdonald betonte dabei, man müsse erwarten, daß Deutschland im wohlverstandenen eigenen Interesse den Bericht loyal anwenden werde. In diesem Zusammenhang fol Ramsay Macdonald geäußert haben, daß er es ablehne, Deutschland gegenüber streng zu sein, wenn in Deutschland eine Gesinnung der Vertragserfüllung vorhanden sei. Sollte aber Deutschland sich nicht bereit zeigen, die übernommenen Verpflichtungen loyal durchzuführen, so werde man, „wie im Kriege", England an der Seite der Alliierten finden.

Nachdem Herriot in seinen Ausführungen diesen englisch-amerikanischen Gesichtspunkten Rechnung getragen hatte, betonte dann Ramsay Macdonald, daß er bereit sei, auf der bevorstehenden Konferenz Frankreich in Einzelfragen soweit entgegenzukommen, wie es die englische öffentliche Meinung gestatte. Voraussetzung dafür sei aber, daß nicht auf die Vergangenheit der Entente zurückgegriffen werde, sondern, daß alle Beteiligten an der Konferenz bereit seien, nur in die Zukunft zu blicken. Von alten Streitigkeiten wolle er, der nicht an ihnen beteiligt gewesen sei, ein für allemal nichts hören.

Ueber den gemeinsamen Besuch der Völkerbundsversammlung durch Ramsay Macdonald und Herriot ist folgendes vereinbart worden. Macdonald wird Herriot in Paris anfangs September abholen und sie werden gemeinsam von Paris aus nach Genf reisen und dort bei der Eröffnungssitzung wichtige weltpolitische Erklärungen abgeben, die insbesondere die dauernde Sicherung des europäischen Friedens zum Gegenstand haben werden. Der gemeinsame Besuch der Völkerbundsversammlung ist als eine englisch-französische Demonstration gegen alle reaktionären Unruhestifter in ganz Europa gedacht und soll ein für allemal bekunden, daß Frankreich und England unter ihren gegenwärtigen Regierungen entschlossen sind, in einer gemeinsamen Friedenspolitik jedem kriegerischen und militärischen Geist, wo er sich zeigen werde, entgegenzutreten.

Im Laufe der Besprechungen ist auch die Frage berührt worden, ob Deutschland zu der Konferenz der Alliierten am 16. Juli mit beratender oder beschließender Stimme zugezogen werden solle. Es sind darüber keine endgültigen Beschlüsse gefaßt worden, da diese Frage Gegenstand eines Meinungsaustausches zwischen London, Paris, Rom und Brüssel bilden muß.

Die politische Bedeutung der Besprechungen in Chequers wird von den diplomatischen Berichterstatter des „Daily Herald", der gestern ausführliche Informationen aus englischen Regierungskreisen erhalten hat, folgendermaßen umschrieben:

Der Herr Referent.

Die Bürokratie des Auswärtigen Amtes hat auch unter der Republik dem Reiche dauernd schweren Schaden gebracht. Denn dort herrschen nach wie vor nicht etwa die verantwortlichen Minister. Kaum haben der Staatssekretär oder die Ministerialdirektoren etwas zu sagen. Nach wie vor ist der Referent alles. Jeder macht die Politik, die ihm gerade gefällt. Und wer einmal bei seinem Vorgesetzten einen etwas müden Tag ermischt, der hat das Glück, womöglich noch durch die Unterschrift eines Höherstehenden die Eigenpolitik sanktioniert zu erhalten.

Nachdem der frühere Referent für Amerika, Herr v. Richthofen, bereits in der Wilsonflaggenfrage erheblichen Malheur angerichtet und die deutsch-amerikanischen Beziehungen ernstlich gefährdet hatte, wäre es doch richtiger gewesen, den jüngeren Herren, die dort weiter Referentenpolitik zu machen versuchen, etwas auf die Finger zu gucken. Aber leider scheint es nun auch dem Referenten für Völkerbundsangelegenheiten, dem Legationsrat v. Bülow, gelungen zu sein, ein Interview durch den Berliner Berichterstatter des „Daily Telegraph" zu veröffentlichen, das geeignet ist, so ungefähr sämtliche Fenster scheiben zu zerschlagen, die zu zerschlagen möglich waren. Leider nicht die des Auswärtigen Amtes, sondern natürlich die des Deutschen Reiches. Daß der Reichskanzler Marx dieses ebenso undiplomatische, wie unpolitische Interview gebilligt hat, glaubt keiner, der diesen bedächtigen und vorsichtigen Mann kennt. Daß der Außenminister Dr. Stresemann von dem Interview etwas gewußt hat, scheint ausgeschlossen. Es existiert zwar eine Presseabteilung im Auswärtigen Amt, an deren Spitze ein überaus verrünftiger und geniesserischer Mann steht. Aber was hat denn ein Referent im Auswärtigen Amt nötig, seinen Minister zu fragen, oder sich mit dem Politiker, dessen Aufgabe der Verkehr mit der Presse ist, in Verbindung zu setzen. Der Referent entscheidet. Den Bruch bezahlt das Deutsche Volk.

Es ist wirklich schwer, hier keine Satire zu schreiben. Es ist schon ein starkes Stück gewesen, daß Herrn v. Bülow eine Schrift über den Völkerbund veröffentlichen ließ, die so ungefähr das Ungeschickteste ist, was man sich denken kann. Diese Schrift hätte man ignorieren können, wenn es sich um eine beliebige Privatarbeit handelte. Aber wenn der Referent für Völkerbundsfragen im Auswärtigen Amt über diese heikle Materie schreibt, so sollte er selbst eigentlich schon auf die Bedingtheiten Rücksicht nehmen, die sich aus seiner Stellung ergeben. Man macht sonst den Beamten bei den gleichgültigsten Veröffentlichungen, die sie unter ihrem Namen vornehmen, manchmal wirklich übertriebene Schwierigkeiten. Aber dort, wo sorgfältigste Nachprüfung am Platze wäre, scheint man das entgegengesetzte Prinzip zu verfolgen. Daß

nun derselbe Referent auch noch seine politischen Meinung — gewissermaßen mit offiziellem Gewand umkleidet — in die breiteste Oeffentlichkeit lancieren kann, das sollte doch eigentlich dem Fuß den Boden ausschlagen. Und die Frage scheint nur zu berechtigt: bleibt Herr v. Bülow nun eigentlich Referent für Völkerbundsfragen [illegible]

Es gibt sich zur langem sehr gewichtige Stimmen, die behaupten, daß wichtige Entscheidungen des Völkerbundes, unter anderem auch die für Deutschland lebenswichtige Entscheidung in der oberschlesischen Frage, wahrscheinlich ganz anders ausgefallen wären, wenn den Gegnern Deutschlands innerhalb des Völkerbundes ihr Spiel nicht erleichtert worden wäre durch die Haltung der Vertreter des Auswärtigen Amtes, die in Genf und in Berlin tätig waren. Im Augenblick ist die Völkerbundsfrage nun von ganz besonderer Bedeutung. Daß gefühlsmäßig der Völkerbund der Mehrzahl der Deutschen nicht sympathisch ist, mag durchaus begreiflich sein. Aber augenblicklich handelt es sich darum, mehr noch als je, endlich in Deutschland zu der Einsicht zu kommen, daß dieser Völkerbund von allen Nationen der Welt (sogar von den Amerikanern, die selbst nicht eintreten wollen) als eine wichtige Realität und vor allem als ein nun einmal bestehendes Instrument der internationalen Politik betrachtet wird. Es unterliegt auch kaum einem Zweifel mehr, daß sowohl der französische, als der englische Ministerpräsident nach dem Ergebnis der Unterredung in Chequers gewillt sind, die wichtige Entwaffnungsfrage vor den Völkerbund zu bringen. In diesem Augenblick Schwierigkeiten wegen des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund zu machen, heißt geradezu Wasser auf die Mühlen derjenigen Franzosen zu liefern, die noch immer die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund hintertreiben möchten. Will man eigentlich wirklich die Gefahr auf sich nehmen, daß ohne, und dann natürlich wieder gegen Deutschland der Völkerbund seine Entscheidungen in der Entwaffnungsfrage fällt? Will man das nicht, dann muß man endlich den Mut haben, offen zu erklären, daß Deutschland unter allen Umständen in den Völkerbund hinein muß. Die Forderung, daß Deutschland im Völkerbundrat vertreten sein müsse, heißt etwas Selbstverständliches zum Gegenstand einer Diskussion machen. Es ist das Zeichen eines sehr geringen Selbstvertrauens, wenn es heute noch in Deutschland Politiker gibt, die der Auffassung sind, daß man einem 60-Millionen-Reich von der wirtschaftlichen und kulturellen Bedeutung Deutschlands auf die Dauer den Sitz im Völkerbundrat versagen könnte. Ein deutscher Politiker, der über mehr verfügt als einen Ressortgesichtspunkt, müßte wissen, daß, wenn Deutschland erst einmal im Völkerbund ist, es lediglich von Person und Art seines Vertreters abhängt, sich dort die Stellung zu erringen, die Deutschland wie anderen Mächten von gleicher Stärke zukommt.

Allerdings müßten diejenigen, die Deutschland im Völkerbund vertreten, wie diejenigen, die hier in Berlin die Fragen des Völkerbundes bearbeiten, anders aussehen, als der jetzige Völkerbundsreferent.

Diese Art von Politik ist es auch, die jetzt wieder darauf abzielt, bei der Beantwortung der Entwaffnungsnote der Alliierten nur ja diejenigen Schritte nicht zu versäumen, die den Feinden Deutschlands die Ausrede offen lassen, es als gleichberechtigtes Mitglied von der Londoner Konferenz auszuschließen, die am 16. Juli stattfinden soll.

Wie aus den letzten Meldungen hervorgeht, ist von Herriot und Macdonald in Aussicht genommen worden, deutsche Vertreter als gleichberechtigte Mitverhandelnde zu dieser Konferenz zu laden. Dabei scheint die Antwort entscheidend zu sein, die deutscherseits auf die Botschafternote in der Entwaffnungsfrage gegeben wird. Herriot und Macdonald haben in ihren Verlautbarungen keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie ihre gemeinsame Politik als eine demokratische betrachten und die Absicht haben, die demokratischen Grundsätze ihrer Politik auch auf der Londoner Konferenz zur Geltung zu bringen.

Trotz des Mutschnaubens der Deutschnationalen über das Erwachen der Internationalität demokratischen Geistes muß von der deutschen Regierung verlangt werden, daß sie sich auf diesen Geist einstellt. Und die erste Forderung nach dieser Richtung hin ist, daß endlich aufgehört wird, mit dem Abbau aller für die Republik eintretenden Beamten, daß dafür aber endlich zunächst wenigstens im Auswärtigen Amt diejenigen Referenten abgebaut werden, die — sei es auch unter scheinbar demokratischer Flagge — die Sabotage der Wiedererlangung der internationalen Gleichberechtigung Deutschlands betreiben.

Bhd.

Herriots Standpunkt.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

wbe **London**, 23. Juni.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" macht heute morgen ausführliche Angaben über den Verlauf der Konferenz, die teils aus englischer, teils aus französischer Quelle stammen.

Herriot soll den allgemeinen Gesichtspunkt vertreten haben, daß die **militärische Besetzung des Ruhrgebiets an dem Tage enden könnte, an dem der Dawes-Bericht in Kraft tritt, da er die Ansicht vertrete, daß Reparationen nur durch finanzielle und wirtschaftliche Mittel zu erlangen seien, und daß sie durch wirtschaftliche Garantien und nicht durch militärische Garantien zu erhalten seien. Militärische Garantien kommen in der Sicherungsfrage in Betracht, und die militärische Besetzung des Ruhrgebiets sei nicht für die Sicherheit unternommen. Derartige militärische Besetzungen seien nach Herriots Ansicht nur hoffnungslos und müßten zur Verminderung internationaler Reibungsflächen und des Nationenhasses vermieden werden.** Herriot scheint also offenbar die Statistiken von Poincaré über die „Ergiebigkeit" der Ruhrbesetzung nicht anzuerkennen. Die vollständige militärische Räumung des Ruhrgebiets könne also binnen sechs Monaten erfolgen, unter der Annahme, daß der Dawes-Bericht vollständig in Kraft getreten sei und Frankreich die notwendigen Garantien erhalte. Obwohl man in belgischen Kreisen eine längere Aufrechterhaltung der militärischen Besetzung wünsche, sei nicht anzunehmen, so meint der Berichterstatter des englischen Blattes, daß Belgien sich weigern würde, sich einem französisch-englischen Uebereinkommen anzuschließen. Herriot hat aber in seiner Unterredung mit Macdonald ferner betont, daß, was Frankreich in erster Linie brauche, seien Sachleistungen und ein wesentlicher Betrag aus der ersten deutschen Zahlung, um das Budget von 1924 zu stabilisieren. Wenn Belgiens Priorität nicht in Frage käme, würde Frankreich berechtigt sein, aus der ersten deutschen Milliarde 520 Millionen Goldmark zu erhalten. Herriot soll nun die Absicht haben, den den Belgiern nahezulegen, auf die Priorität zu verzichten, gegen eine Erhöhung seines Anteils an den deutschen Zahlungen auf Grund des Verteilungsschlüssels von Spa. Wenn es Herriot gelingen sollte, einen größeren Teil der ersten deutschen Zahlung zu erhalten, so hofft er, bei erfolgreicher Eintreibung der direkten Steuern das Budget ins Gleichgewicht zu bringen, falls die militärischen Lasten verringert werden. Die **Möglichkeit einer solchen französischen Abrüstung** hänge aber ausschließlich von der Lösung der Sicherungsfrage ab. Die Sicherungsfrage kann aber nur gelöst werden, wenn die Militärkontrolle der Alliierten wieder aufgenommen werde und in ganz kurzer Zeit durch eine Militärkontrolle seitens des Völkerbundes abgelöst werde.

Hoesch bei Stresemann.

Die neue Friedenspolitik.

Herriots Friedenspolitik.

Der deutsche Botschafter in Paris, Herr v. Hoesch, ist gestern abend, wie bereits angekündigt, zu kurzem Aufenthalt in Berlin eingetroffen. Er hat bereits am gleichen Abend dem Reichsaußenminister Bericht erstattet und dabei im Wesentlichen die Eindrücke bestätigt, die sich für den nicht durch innerpolitische Gesichtspunkte verblendeten Teil der deutschen öffentlichen Meinung aus den bisherigen Aeußerungen und Regierungshandlungen Herriots ergeben haben.

Zweifellos wird Herr v. Hoesch bei den Besprechungen, die er mit den Mitgliedern des Reichskabinetts heute und morgen noch hat, mit Nachdruck auf die schwierige Lage Herriots gegenüber seiner eigenen Opposition hinweisen, die die Grenzen für die Betätigung seines ehrlichen Friedenswillens bis zu einem gewissen Grade vorschreibt. Es ist weiter anzunehmen, daß er die Antwort der Reichsregierung in der Militärkontrollfrage mitnehmen oder wenigstens dem Sinn nach kennen wird, wenn er nach Paris zurückkehrt, da diese Frage einen Angelpunkt für das künftige Verhalten sowohl Herriots wie Macdonalds bildet.

Diese Antwort kann nicht anders als besahend ausfallen. Das wird auch von rechtsstehenden Politikern, je nach dem Grade ihres persönlichen Mutes, mehr oder weniger offen anerkannt; zur Beratung kann höchstens die Frage stehen, ob sich zur Verminderung der Reibungsflächen zwischen den Kontrollorganen und der Bevölkerung Wünsche für die technische Durchführung der Kontrolle ergeben, die in geeigneter Form mit der deutschen Zustimmung übermittelt werden können. Von der Erteilung dieser deutschen Zustimmung ist nicht nur die Beendigung der Kontrolle durch die besonderen Organe abhängig, sondern auch die Einladung eines gleichberechtigten Deutschlands zur Teilnahme an der für den nächsten Monat vorgesehenen großen Londoner Konferenz; weiter hängt davon zu einem wesentlichen Teil, wenigstens für Herriot, die Möglichkeit ab, die von deutscher Seite erwarteten Zugeständnisse für die Ruhrräumung und Gefangenenrückkehr, die Aufhebung der Zollinie usw. zu machen.

Vielleicht wird Hoesch dem französischen Ministerpräsidenten in bezug auf das Verhalten der deutschen Regierung ähnlich berichten müssen, wie er hier von Herriot berichtet hat: daß dessen bona fides zweifellos sei, aber seine Macht durch die Opposition der Rechtsradikalen beschränkt. Damit würde sich das Bild einer zusammenarbeitenden Opposition auf beiden Seiten der Grenze, in einer Einheitsfront gegen die gleichfalls zusammenarbeitenden legalen Mächte der Friedenswilligen stehend, traurig runden. Um so zwingender ist die Pflicht, den Willen der friedensbereiten Völker zum Durchbruch zu bringen.

Herriot abgereist.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

* **Paris**, 23. Juni.

Herriot hat heute morgen 8.55 Uhr London in Begleitung seines Kabinettschefs Bergerie und des Direktors der politischen Abteilung am Quai d'Orsay Peretti della Rocca verlassen und ist über Dover—Ostende nach Brüssel abgereist. Der englische Ministerpräsident Ramsay Macdonald, der sich nach Schottland begeben hat, ließ Herriot vor seiner Abreise auf dem Viktoria-Bahnhof durch seinen Privatsekretär Sir Ronald Waterhouse und den Unterstaatssekretär im Foreign Office Sir Crowe begrüßen. Der französische Botschafter Graf de St. Aulaire und der Botschaftssekretär de Montille waren ebenfalls auf dem Bahnsteig erschienen, ebenso zahlreiche Persönlichkeiten der französischen Kolonie. Der Ministerpräsident Herriot wird im Laufe des Nachmittags in Brüssel eintreffen.

*

Reuter erfährt, daß Herriot von dem Ergebnis seines persönlichen Zusammentreffens mit Macdonald befriedigt sei. Die Unterredung habe einen sehr offenen Charakter gehabt. Beide wünschten zu einem vollkommen persönlichen Einvernehmen zu gelangen; und das sei erzielt worden, ohne irgendwelche Punkte preiszugeben. Größte Bedeutung müsse „dem moralischen Pakt fortgesetzten Zusammenwirkens" beigemessen werden. Das Hauptziel der Konferenz in London sei, den Dawes-Bericht in Kraft zu setzen. Zweifellos würden auch andere Fragen geregelt werden.

Gestern abend hat Herriot mit Peretti della Rocca und Bergery einem Diner in der französischen Botschaft beigewohnt und nachher einige französische offiziöse Journalisten informiert, die unmittelbar, nachdem Herriot England verlassen hat, wichtige Aufschlüsse über die französische Stellungnahme zu der Konferenz geben werden. Herriot hat sich gegenüber Macdonald verpflichtet, solange er auf englischem Boden weilt, weder der französischen noch der englischen oder ausländischen Presse ausführliche Mitteilungen über den französischen Standpunkt zu geben.

Sauerweins Bericht.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

* **Paris**, 23. Juni.

Der Sonderberichterstatter des „Matin", Jules Sauerwein, teilt auf Grund von Auskünften, die Herriot den in London anwesenden französischen Journalisten gab, Einzelheiten über die Vereinbarungen von Chequers mit. Die beiden Ministerpräsidenten seien darüber einig, daß das Gutachten mit größter Beschleunigung verwirklicht werden müsse. In dieser Frage sei Zeit Geld. Aus Sauerweins Mitteilungen geht ferner hervor, daß die Beantwortung der Abrüstungsnote durch Deutschland eine entscheidende Rolle spielen wird. „Natürlich werde bei dem Septemberbesuche in Genf die Möglichkeit der Uebertragung der Kontrolle an den Völkerbund erörtert werden. Aber bereits jetzt werde man fest mit Berlin sprechen. Die Botschafterkonferenz werde verlangen, daß die Inventurarufstellung und die Inspektion der deutschen Rüstungen und Bestände von der interalliierten Kontrollmission unbehindert ausgeführt werde. Die Unterhaltung von Chequers habe diesen Willen nur bestätigt.

Poincaré redet.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

s **Paris**, 23. Juni.

Am gestrigen Sonntag hat Poincaré anläßlich der Jahresfeier der Schlacht von Verdun eine Rede gehalten, in der er seinem Amtsnachfolger ein sicheres Fiasko prophezeite, falls dieser auf die bewährte Pfänderpolitik Poincarés verzichte und statt dessen auf Deutschlands guten Willen baue.

Das nationalistische „Echo de Paris" beschwert sich in einem längeren Artikel darüber, daß Kriegsminister General Nollet dem General Mangin verboten hat, den Vorsitz bei einer Zusammenkunft des Verbandes der früheren Frontkämpfer zu führen.

*

Jetzt, wo die „Gefahr" einer Aufgabe der französischen Militärregierung im besetzten Gebiet greifbare Formen annimmt, entfalten die militärischen Stellen eine fieberhafte Tätigkeit, um die Notwendigkeit ihres Dableibens und des Weiterbestehens ihrer Machtvollkommenheiten zu beweisen. Bei dieser Tätigkeit werden sie von der Pariser Presse lebhaft unterstützt, die fast täglich von Haussuchungen, Verhaftungen, entdeckten „Geheimorganisationen" und Beschlagnahme „interessanter Dokumente" zu berichten weiß. So macht jetzt ein hölzernes Maschinengewehr in „natürlicher Größe" die Runde durch die Pariser Presse. Dieses gefährliche Instrument soll im Pädagogium von Godesberg beschlagnahmt worden sein, nachdem es sich herausgestellt habe, daß die Gymnasiasten das „ausgezeichnet funktionierende" Mordinstrument für ihre kriegerische Ausbildung benutzten. Es ist zu hoffen, daß sich die Mehrheit des französischen Volkes weder durch das hölzerne Maschinengewehr in Godesberg noch durch die papierenen Geschütze in Paris von einer Politik der Vernunft und der Beruhigung abbringen lassen wird.

Kommunisten gegen deutsch-französische Verständigung.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

b **Köln**, 23. Juni.

Am Sonnabend und Sonntag fand in Köln eine interparlamentarische Konferenz der kommunistischen Parteien Frankreichs und Deutschlands statt, an der zwölf deutsche Abgeordnete und sieben französische, unter ihnen Cachin, vier Deputierte der Kammer, außerdem ein Vertreter der Tschechoslowakei teilnahmen. Die Konferenz hatte den Zweck, ein gemeinsames Vorgehen der beiden Parteien in Deutschland und Frankreich gegen das Sachverständigengutachten und seine Auswirkungen in den Parlamenten Frankreichs und Deutschlands festzulegen.

Weiter wurde beschlossen, daß in beiden Parlamenten, sowohl in der Kammer wie im Reichstag, gleiche Anträge eingebracht werden, in denen die Kommunisten Frankreichs und Deutschlands gemeinsam ihre Forderungen aufstellen.

Die Taktik Mussolinis.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

mp **Rom**, 22. Juni.

Wie verlautet, wird der morgige Ministerrat die Reorganisation der Nationalmiliz beraten, die dem Heere eingegliedert werden soll. Indem sie dem Kriegsminister unterstellt wird, soll die Miliz den Charakter einer Parteieinrichtung verlieren. General Debono übergibt das Kommando an den General Giardino. Alles das beute, so wird offiziös versichert, darauf hin, daß noch vor der angekündigten Senatsrede Mussolinis die moralischen Forderungen der öffentlichen Meinung erfüllt werden sollen.

Der italienische Deputierte Cesare Sobrero schreibt in der „Stampa" über die Politik Mussolinis: „Das ist das Neue an der Situation. Gestern noch hat der Ministerpräsident gesagt, weil er glaubte, daß Schweigen die zweckmäßige Taktik sei. Aber heute hält er die Zeit des Schweigens für beendet, und er greift direkt und indirekt in die Debatte ein, die durch die Affäre Matteotti hervorgerufen wurde. Vor allem hat er die lästigen römischen Versammlungen des Komitees der Parlamentsmehrheit aufgehoben, die eine übermäßige Kontrolle der Regierung darstellten, sodann hat er die ministeriellen Abgeordneten, die sich in Rom befanden, nach Hause geschickt. Außerdem hat er den Ministerrat für Montag einberufen. Am Dienstag

wird er im Senat sprechen und am Mittwoch in der parlamentarischen Mehrheitsgruppe.

Die Opposition, die ihre Vollversammlung auf den 25. Juni angesetzt hatte, um dem Andenken Matteottis zu huldigen und ihre parlamentarischen Richtlinien festzulegen, hat diese Versammlung auf den 27. Juni verschoben, um vor ihrer Beratung die Taktik des Ministeriums kennen zu lernen."

Sobrero legt dann weiter dar, welches die Verteidigung Mussolinis sein werde. Der Ministerpräsident werde den Standpunkt einnehmen, daß die Ermordung Matteottis das eigenmächtige Werk von übereifrigen Freunden der Regierung gewesen sei.

Eröffnung des Rheinischen Provinziallandtages.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

hb **Düsseldorf**, 23. Juni.

Der Rheinische Provinziallandtag wurde heute in Düsseldorf durch den Beauftragten des preußischen Staatsministeriums Ministerialdirektor Meister eröffnet. Die Besatzungsbehörde hatte allen ausgewiesenen Abgeordneten für die Tagung vorübergehend die Einreise gestattet. Die Sitzung wurde von einem französischen Offizier überwacht.

Ministerialdirektor Meister gab in der Eröffnungsansprache der Genugtuung darüber Ausdruck, daß es wieder möglich geworden ist, den Provinziallandtag am Sitze der Rheinischen Provinzialverwaltung in Düsseldorf zu versammeln. Die letzten Tagungen hatten bekanntlich in Barmen stattfinden müssen. Namens des Staatsministeriums dankte er der gesamten rheinischen Bevölkerung nochmals für das, was sie für die Einheit Preußens und des Reiches gelitten und geleistet habe.

Reichsminister Jarres, der ebenfalls erschienen war, wurde gegen die Stimmen der Kommunisten zum Vorsitzenden wiedergewählt.

Reichspräsident Ebert in Dresden.

Dresden, 23. Juni. (W. T. B.)

Der Reichspräsident traf heute vormittag in Begleitung des Reichswehrministers Dr. Geßler, des Staatssekretärs Dr. Meißner und des sächsischen Gesandten in Berlin, Dr. Gradnauer, hier ein und wurde am Bahnhof vom sächsischen Ministerpräsidenten Held, dem Oberbürgermeister Blüher und dem Präsidium der Jahresschau empfangen. Nach der Begrüßung der auf dem Bahnhofsplatze aufgestellten Ehrenkompagnie der Reichswehr begab sich der Reichspräsident zur Jahresschau deutscher Arbeit.

Die Stimme der Vertriebenen.

Der Reichsverband der Ausgewiesenen und Verdrängten von Rhein und Ruhr hat aus Kassel an den Reichspräsidenten folgendes Telegramm gerichtet:

„Der Reichsverband der Ausgewiesenen und Verdrängten von Rhein und Ruhr, Sitz Kassel, der heute zum ersten Male seine Vertreter aus 190 Ortsgruppen hier versammelt hat, sendet Ihnen, Herr Reichspräsident, seine Grüße in unwandelbarer Treue zu Reich, Rhein und Ruhr und erinnert sich gern mit besonderer Genugtuung des großen Wohlwollens, das Sie den Gefangenen und Verbannten stets entgegenbrachten. Wir bitten, uns dieses Wohlwollen auch ferner zu erhalten, im besonderen auch dann, wenn der Hoffnungsschimmer einer Rückkehr sich verwirklichen sollte."

Der Reichspräsident antwortete mit der Versicherung, daß von ihm und der Reichsregierung auch künftig alles mögliche geschehe, um den Ausgewiesenen und Verdrängten zu helfen und ihnen die Heimat wiederzugeben.

Für Großdeutschland.

Beschlüsse des Volksbundes.

Der Oesterreichisch-Deutsche Volksbund, der im Jahre 1918 auf Anregung des damaligen österreichischen Gesandten Professor Hartmann gegründet wurde, hat seine Organisation über ganz Deutschland ausgebreitet und umfaßt gegenwärtig mehr als hundert Ortsgruppen mit rund 25 000 Mitgliedern aller Parteien und Stände. In einer Reihe von Ausschüssen, wie dem Rechtsausschuß unter dem früheren Justizminister Dr. Radbruch, dem Schulausschuß unter dem Vorsitz des Geheimrats Brandl, dem Wirtschaftsausschuß unter Preuß und Meinecke wird die Angleichung der Gesetze hüben und drüben, eine wirksame Erziehung der Jugend im großdeutschen Sinne und ein Ausgleich der Wirtschaft vorbereitet.

Zur gestrigen Bundestagung im Reichstag wurden unter dem Vorsitz Löbes folgende Richtlinien für die künftige Anschlußarbeit festgesetzt:

1. Der Delegiertentag des Oesterreichisch-Deutschen Volksbundes stellt fest, daß die Ausreisesperre der großdeutschen Bewegung außerordentlich geschadet hat. Er erwartet, daß die Regierungsstellen künftige Verordnungen vorher auf ihre nationalpolitische Auswirkung überprüfen und alles vermeiden, was den ungestörten Verkehr der beiden deutschen Staaten unterbinden oder erschweren könnte. In Zweifelsfällen mögen die Regierungsstellen Gutachten sachverständiger Anschlußorganisationen einholen.

2. Der Bundestag beantragt eine Paktkonvention zwischen Oesterreich und Deutschland des Inhaltes, daß Angehörige beider Staaten im gegenseitigen Verkehr vom Ausreisevisum und Einreisevisum befreit sein sollen.

3. Der Bundestag stellt fest, daß die Frage der Rechtsangleichung, insbesondere des Strafgesetzes, ins Stocken geraten ist, und fordert die Regierung auf, die Arbeiten im Zusammenarbeiten mit den österreichischen Behörden wieder aufzunehmen.

4. Der Bundestag stellt fest, daß in deutschen Lehrbüchern auf Deutschösterreich und die großdeutsche Frage nur ungenügend Bezug genommen wird. Er ersucht die Regierung, diese Fragen bei Aufstellung des Lehrplanes besonders zu berücksichtigen. Der Bundestag protestiert schärfstens dagegen, daß von ständig in Preußen ansässigen Oesterreichern erhöhtes Fremdenschulgeld verlangt wird und erwartet umgehend Abstellung.

5. Der Bundestag stellt fest, daß in Fremdenrechtsfragen die in Deutschland ansässigen Deutschen des ehemaligen Oesterreichs zahlreichen Benachteiligungen ausgesetzt sind. Er verweist darauf, daß z. B. in Oesterreich die deutschen Staatsangehörigen den Inländern grundsätzlich gleichgestellt sind. Er ersucht die Reichsregierung, alle Fragen des Fremdenrechtes, insbesondere Paßrecht, Legitimierungsverfahren, Ausweisungen, Option und Einbürgerung in einem besonders zu schaffenden Reichskommissariate zu zentralisieren.

6. Der Bundestag ersucht die Parteien des Reichstags, umgehend eine Novellierung des gänzlich veralteten Gesetzes über den Erwerb der Reichs- und Staatsangehörigkeit von 1913 herbeizuführen und legt einen entsprechenden Entwurf vor.

7. Der Bundestag bittet die deutsche Oeffentlichkeit, die vom Oesterreichisch-Deutschen Volksbund eingeleitete Sammlung für notleidende Oesterreicher im Reich auf jede Art zu fördern.

Die Landtagswahlen in Anhalt.

Bei den gestrigen Landtagswahlen in Anhalt sind gegenüber den Reichstagswahlen vom 4. Mai starke Rückgänge bei den Kommunisten, bei den Deutsch-Völkischen, Deutsch-Sozialen und bei der Deutschen Volkspartei zu verzeichnen. Der Wahlkampf wurde vor allem gegen die Demokratische Partei gerichtet, gegen die sich auch der mit ihr bisher verbündete Bauernbund wandte. Ihre Isolierung wurde durch die Lösenverbindung zwischen allen anderen nichtsozialistischen Gruppen verstärkt. Es erhalten S. P. D. 13 (früher 17), Deutschnationale 4 (0), Deutsche Volkspartei 6 (5), Kommunisten 4 (2), Deutschvölkische 2 (0), Landbund 3 (0), Demokraten 1 (6), Hausbesitzer-Wirtschaftspartei und Bodenreformer je 1 (0) Sitze.

Friedensvorschläge Schückings.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung".

ek **Frankfurt a. M.**, 23. Juni.

Auf dem in Hanau abgehaltenen Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei Hessen-Nassau sprach der Reichstagsabgeordnete des Wahlkreises Prof. Schücking, der zunächst die durch den Wahlausgang geschaffene innerpolitische Situation skizzierte und diese Ausführungen mit der Feststellung einleitete: das Charakteristische sei, daß durch die Neuwahlen vorläufig nur ein Sinken der äußeren Würde des Parlaments zu vergzeichnen sei. Das französische Wahlergebnis, das eine sehr zu begrüßende Wendung zur Vernunft in Frankreich darstelle, habe in Deutschland jene Leute enttäuscht, die keine Beruhigung und keine Verständigung wünschen.

Um alle künftigen Reibungen zwischen Deutschland und Frankreich auf ein Minimum zu beschränken, sollte nach Schückings Vorschlag einem auf Grund eines Spezial-Abkommens zwischen Frankreich und Deutschland einzusetzenden besonderen internationalen Schiedsgericht die Interpretation des Versailler Vertrages und des Rheinlandabkommens übertragen werden.

Schücking vertrat den Standpunkt, daß den Bedürfnissen Deutschlands sowohl wie aller am Rhein interessierten europäischen Mächte vollauf gedient sei durch einen Garantievertrag, in dem eine Entmilitarisierung auf beiden Seiten der Grenze vorgesehen sein muß.

In einer Entschließung trat der Parteitag diesen Ausführungen durchaus bei. Er sieht den einzigen Weg zu einer künftigen Befreiung Deutschlands und zur Gesundung in einer Politik der Verständigung, die zur Abrüstung auf allen Seiten, zur schiedsgerichtlichen Erledigung internationaler Meinungsverschiedenheiten und zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Völker führt. Er fordert die demokratische Reichstagsfraktion auf, sich für möglichst baldigen Eintritt Deutschlands in den Völkerbund einzusetzen. Die Militärkontrolle durch alliierte Offiziere wird von deutschen Volk als entwürdigend empfunden, deshalb muß jetzt durch Annahme der letzten Ententenote der Weg zu ihrer Erfüllung durch eine erträglichere Völkerbundskontrolle begangen werden.

Der Parteitag begrüßt schließlich, daß es der Reichstagsfraktion gelungen ist, die Bildung einer Regierung des Bürgerblocks zu verhindern. Er stellt noch einmal fest, daß die Teilnahme an einer rein bürgerlichen Klassenregierung unter keinen Umständen mit den Grundsätzen der Deutschen Demokratischen Partei vereinbar ist.

In einer weiteren Entschließung heißt es: Der Parteitag weist mit Entschiedenheit das Gutachten des Reichswehrministeriums über militärische Geheimnisse zurück, das in schärfstem Widerspruch zu den einschlägigen Bestimmungen des Strafgesetzbuches steht und in der Praxis zu einem Schutz der Hochverräter wird. Desgleichen mißbilligt der Parteitag, daß trotz aller Vorstellungen von republikanischer Seite die Teilnahme von Reichswehrangehörigen an nationalistisch-monarchistischen Kundgebungen wie zuletzt in München, Kassel und Potsdam andauert, wodurch die Reichswehr verhöhnt wird und außenpolitisch dem Vaterland schwerste Schädigung entsteht. Von der Reichstagsfraktion erwartet der Parteitag entschiedenstes Eintreten dafür, daß endlich in der Reichswehr Remedur geschaffen werde.

Die Nationalliberale „Reichspartei".

Im Reichstag tagte am Sonntag, etwa 100 Mann stark, die Nationalliberale Vereinigung Berlin-Brandenburg, die beschloß, sich nunmehr „Nationalliberale Reichspartei" zu nennen. Zum Vorsitzenden der „Partei" wurde ihr einziger Reichstagsabgeordneter, der irrtümlich von Süddeutschen Bauern, die ihn nicht kennen, gewählte Dr. Marezky, gewählt.

Gigli unter Schupo-Aufsicht

Konzert in der Philharmonie.

Benjamino Gigli gab mit dem Philharmonischen Orchester ein Konzert in der Philharmonie. Es war ein Konzert mit Hindernissen. Ein Programm, das bequem in einer Stunde hätte erledigt werden können, wurde durch unerträglich lange Pausen auf die doppelte Zeit gebracht. Sodann mußten die Hörer, die doch eigentlich gekommen waren, um den Caruso-ersatz auf seine Güte hin zu unterfuchen, um den italienischen Tenor, welcher immer noch das höchste aller Gefühle ist, zu bestaunen, um die Sensation eines neuen Erlebens auszukosten, außer den Pausen noch zwei lange langweilige Orchesterstücke aus dem „Rattcliff" von Mascagni entgegennehmen, und endlich galt es, Störungen zu überwinden, die durch ein lächerlich starkes Aufgebot von Schupo hervorgerufen wurden. Diese nicht in allen Situationen durchaus beliebten Hüter der öffentlichen Ordnung waren offenbar bestellt worden, um die Seitengänge des Saales von den Besuchern zu säubern, die sich zu Hunderten bei derartigen feierlichen Ertragelegenheiten auf irgendeine illegitime Weise den Eintritt zu sichern wissen. Der naive Beobachter der Zeitereignisse denkt sich: Laßt sie nicht erst herein, dann braucht ihr nicht die Polizei aufzubieten, um ebenso gewaltsame, wie fruchtlose Säuberungsversuche vorzunehmen. Das war noch der großen Pause. Gigli und sein Dirigent Bamboschek stehen schon wieder auf dem Podium. Aber sie kommen nicht dazu anzufangen, denn der Saal will nicht verstummen. Rufe erklingen aus der erregten Menge: „Schupo raus!", „Das Konzert ist nicht für Schupos!" „Silentium!" „Anfangen!"; und Gigli setzt sich und sieht und hört auf ein Treiben, das unbegreiflich ist und in seiner Zügellosigkeit und Roheit mehr beschämt als belustigt. Das Auftreten der Schupo in den Konzerten ist ein Ueberbleibsel aus der Revolution, und wir können nur wünschen, daß wir in der nächsten Konzertzeit zu zivilisierten Verhältnissen zurückgekehrt sein werden.

Gigli kann endlich sein Konzert fortsetzen, und die Hörer haben nunmehr nur Gelegenheit, sich in endlosen Beifallskundgebungen auszutoben. Auf den offiziellen Teil des Programms folgt ein inoffizieller, und Gigli zeigt, daß er kein Knauser ist: er spendet Zugabe auf Zugabe. Meyerbeer Ponchielli, Pergolese, Martini, Donizetti sind die Komponistennamen, die auf dem Programm stehen. Er kann schon singen, dieser Gigli, der sich über Nacht sozusagen Europa erobert hat, worüber sich sicherlich keiner mehr wundert, als er selbst. Aber er ist doch in keiner Weise eine so außergewöhnliche Erscheinung, wie der begnadete Sänger, als dessen Nachfolger er ausposaunt wird. Seine Stimme hat einen großen natürlichen Reiz, besonders im Piano; im Forte verspürt man ganz im Gegensatz zu Caruso öfter die Grenzen der Kraft. Was indessen sein Singen so wirkungsvoll macht, ist weniger die absolute Schönheit des ein wenig flachen Tones, als die spezifisch italienische Manier, den Vortrag musikalisch und seelisch zu beleben.

In Bamboschek, der mit der Ouvertüre „Sizilianische Vesper" von Verdi sein Konzert einleitete, lernten wir einen temperamentvollen Dirigenten kennen. Er begleitete geschmackvoll, trat im übrigen zu wenig hervor, als daß ein abschließendes Urteil über ihn gefällt werden könnte. M. M.

Der „Streichelbrunnen". Die Todesanzeige des Kommerzienrats Julius Cassirer bringt in Erinnerung, daß dieser vortreffliche Mann vor dem Krieg der Stadt Charlottenburg einen Brunnen von August Gaul geschenkt hat, in der Hoffnung, das Beispiel würde Nachfolge finden. Der „Enterbrunnen" wurde an der Ecke der Hardenberg- und Schillerstraße aufgestellt und ist unter dem Namen „Streichelbrunnen" schnell populär geworden. Vor allem bei den Kindern. Nach dem Kriege, in den Augen der Unordnung, sind die in Bronze gegossenen Enten, ihres Metallwertes wegen, gnadenlos gestohlen worden. Dieser Umstand hat die Charlottenburger Behörden veranlaßt, die Enten nicht wieder aufstellen und den Steintorso nach stehen zu lassen, obwohl die Enten bereits wieder neu gegossen sind. Die beiden Gruppen von je drei Enten, die zu den glücklichsten Arbeiten des großen Tierplastikers gehören, werden jetzt in der Großen Berliner Kunstausstellung gezeigt. Das Verfahren der Behörden war verständlich. Ueberall in Berlin mußten ja Bronzedenkmale der Diebstahl geschützt werden. Es ist aber zu erwägen, ob jetzt nicht die Zeit gekommen ist, die Entengruppen wieder anzubringen und das Wasserplätschern zu lassen. Die Kosten für den Guß, wenn wirklich wieder gestohlen werden sollte, sind jetzt verhältnismäßig unbedeutend, und das Risiko ist nicht so groß, seit der Metallwert den Diebstahl kaum noch lohnt. Es würde nicht nur ein freundlicher Anblick, sondern auch etwas wie ein Gleichnis des Aufstieges sein, wenn dieser schönste Straßenbrunnen Groß-Berlins wiederhergestellt würde; es wäre damit ein Denkmal wiederhergestellt für den unvergeßlichen August Gaul und für den kommunal auch jetzt sehr verdienten Stifter des Brunnens. K. Sch.

Tagung der Volksbühnenvereine in Hildesheim. Aus Hildesheim wird uns berichtet: Im romantischen Hildesheim haben sich die Delegierten der deutschen Volksbühnenvereine zur diesjährigen Tagung zusammengefunden, um über die neuen Ziele und Bewegungen der Volksbühnenvereine zu beraten. Im Saale der Stadthalle wurde die Versammlung durch den Vorsitzenden, Unterstaatssekretär Baake, mit einer Begrüßungsansprache eröffnet. Unter den zahlreichen Vertretern der einzelnen Volksbühnen sah man manchen bekannten Kopf; das Reichsministerium war durch Staatssekretär Heinrich Schulz, das preußische Ministerium durch Prof. Dr. Kestenberg vertreten. Die Stadt Hildesheim repräsentierte Stadtbaurat Köhler. Der Erste Vorsitzende Baake begrüßte die Vertreter und Gäste und stellte fest, daß trotz vergangener schwerer Zeiten ein Aufblühen der Volksbühnenvereine zu verzeichnen sei. Im Mittelpunkt eines Werbeabends in der Stadthalle, den eine Ansprache des Reichskunstwarts Redslob einleitete, stand eine Rede Leopold Jeßners, des Leiters der Berliner staatlichen Schauspielhäuser. Er führte aus, daß es die Pflicht des modernen Theaterdirektors sei, in der Gestaltung seines Spielplanes sich nur von künstlerischen Erwägungen leiten zu lassen. Jeßner stellte sich auf den Standpunkt, daß das Volk keine Führer zur Kunst brauche, daß es sich selbst durchringe, wenn nur die Kunstprobugenten Künstler seien. Die Ausführungen Dr. Jeßners wurden mit großem Beifall aufgenommen. Das Hauptinteresse des zweiten Sitzungstages galt dem Vortrag von Julius Bab über: „Die geistigen Ziele der Volksbühnenbewegung." Es wird beschlossen, einer neungliedrigen Kommission die vorliegenden Entwürfe als Material zur Ausarbeitung eines Volksbühnenprogramms zu überweisen, das dem nächsten Verbandstag vorgelegt werden soll.

Barnowsky Amerika-Gastspiel. Das Gastspiel, das, wie gemeldet, Direktor Viktor Barnowsky mit einer von ihm zusammengestellten Truppe hervorragender deutscher Schauspieler in New York veranstalten wird, nimmt jetzt festere Formen an. Die Garantie für das Gastspiel ist durch die Schubert-Theater-Compagnie in New York gesichert. Barnowsky hat bereits Verträge mit namhaften Künstlern, u. a. mit Elisabeth Bergner, Maria Orska, Alexander Moissi und Eugen Klöpfer abgeschlossen. Die Vorstellungen sollen im Century-Theater in New York stattfinden.

Krankenbesuch. Man erzählt uns: Als Talleyrand, der ebenso erfolgreiche wie in der Wahl seiner Mittel bedenkenfreie Diplomat, auf dem Sterbebett lag, erbielt er den Besuch König Louis Philipps. Der Monarch, der vor dem persönlichen Charakter des vielgenannten Mannes keine sonderliche Achtung hegte, wenn er auch seine Verdienste um Frankreichs politische Interessen zu schätzen wußte, fragte teilnahmsvoll: „Wie befinden Sie sich, mein teurer Herzog?" — „Ach, Majestät, ich leide Höllenqualen." — „Jetzt schon?" entfuhr es dem Mann des teilnehmenden Besuchers.

Aus den Theatern. Im Staatl. Schiller-Theater geht als letzte Premiere vor den Ferien Strindbergs „Kronbraut" am Sonnabend, 28. Juni, in Szene. In den Hauptrollen: Gerda Müller, Mathilde Sussin, Marianne Stelzl, Ilse Wagner, Heinrich George, Erwin Kalser, Max Schreck, Heinrich Witte. Regie: Karl Heinz Martin. Musik: Klaus Pringsheim.

Die Berliner Staatsoper wird im November „Die Zwingburg", eine dramatische Kantate von Ernst Krenek, zur Uraufführung bringen.

Käthe Dorsch wird ihr Engagement bei Gutenberg am 1. Oktober in Ludwig Fuldas Lustspiel „Die Zwillingsschwestern" antreten.

Reichsverband der Deutschen Presse.

Die Entschließungen zum Journalistengesetz.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“.

st **Königsberg,** 23. Juni.

Der Reichsverband der Deutschen Presse beschäftigte sich in Fortsetzung der am Tage zuvor begonnenen Aussprache erneut mit der Frage des Journalistengesetzes und legte das Ergebnis in nachstehenden Entschließungen fest:

„Die Hauptversammlung des Reichsverbandes der Deutschen Presse, als die berufene Vertretung der in der deutschen Presse tätigen Journalisten, bekräftigt von neuem und einstimmig die seit mehr als zehn Jahren erhobene Forderung auf Schaffung eines deutschen Journalistengesetzes. Der Reichsverband fordert das Reichsministerium des Innern auf, auf Grund der von den beteiligten Ministerien geleisteten Vorarbeiten nunmehr so schnell wie möglich dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen. Die Darstellungen, die aus Verlegerkreisen immer wieder über die Stellung von Verleger und Redakteur innerhalb der Zeitung in die Oeffentlichkeit gebracht werden, beweisen, daß auf die klare gesetzliche Festlegung der schon durch das Pressegesetz deutlich betonten und im Wesen der Zeitung begründeten Stellung des Redakteurs als des dem Gesetz und der Allgemeinheit verantwortlichen Trägers des geistigen Inhalts der deutschen Presse nicht verzichtet werden kann. Das Recht des Verlegers, die Grundlinien für die Haltung seines Blattes zu bestimmen, soll nicht angetastet werden. Aber innerhalb dieser durch den Anstellungsvertrag bestimmten Bindung des Redakteurs ist die Klärung seiner Stellung und die Sicherung seiner Handlungsfreiheit, insbesondere auch durch die Festigung seiner materiellen Existenz, dringend nötig, soll nicht das hohe Kulturgut gefährdet werden, das das deutsche Volk in seiner Presse besitzt. Die im deutschen Zeitungswesen immer weiter fortschreitende Umstellung von persönlich, auch geistig und traditionell interessierten Verlegern zur unpersönlichen Verlagsgesellschaft bedeutet in dieser Beziehung eine ernste Mahnung.“

Die zweite Entschließung lautet: „Die Sicherung der deutschen Redakteure und angestellten Journalisten gegen die Folgen von Alter und Invalidität ist ein dringendes Erfordernis. Sie ist in erster Linie Aufgabe und Pflicht der Verlegerschaft, da die wirtschaftliche Sicherstellung des Redakteurs als notwendige Ergänzung seiner dem öffentlichen Interesse gewidmeten Arbeit gefordert werden muß. Die Festlegung dieser Pflicht im Rahmen des Journalistengesetzes muß mit aller Entschiedenheit gefordert werden.“

Der Empfang, den die Stadt Königsberg den Vertretern der deutschen Presse Sonntag abend gab, wurde von Darbietungen ostpreußischer Kunst und ostpreußischer Künstler eingeleitet.

Oberbürgermeister Dr. Lohmeyer unterstrich an der Hand instruktiver Karten die Notwendigkeiten, die sich für Königsberg und Ostpreußen aus dem Gegensatz von einst und jetzt ergeben. Die deutsche Wirtschaft, die sich in den letzten Jahrzehnten nach dem Westen orientierte, wird sich für die nächsten Jahrzehnte nach dem Osten wenden müssen.

Oberpräsident Siehr betonte, daß der Abwehrkampf Ostpreußens gegen die polnischen Gelüste auch nach der Volksabstimmung in Masuren fortgeführt werden müsse und daß das ostpreußische Problem in seinem ganzen Ernste weiterbestehe. Die wirtschaftliche und kulturelle Stärkung Ostpreußens, wie sie in dem sogenannten ostpreußischen Programm gefordert wird, ist die wirksamste Waffe zur Erhaltung des östlichen Bollwerks Deutschlands, das in der Volksabstimmung eindrucksvoll kundgetan habe: Dies Land bleibt deutsch!

Nachdem der Vorsitzende des Reichsverbandes Paul Baecker in seinem Dank das Ergebnis der Tagung hervorgehoben hatte, gab Redakteur Sedlak aus Wien der Ueberzeugung Ausdruck, daß, ebensowenig, wie die unnatürliche Landkarte um Ostpreußen bestehen bleiben könne, ebensowenig auch die Paragraphen Bestand haben, die Deutschösterreich hindern, den deutschen Brüdern die Hand zu reichen.

Der preußische Finanzminister Dr. von Richter unterstrich die Bedeutung der deutschen Presse für die Erhaltung unseres deutschen Zukunftsglaubens, für die Erziehung des deutschen Bürgers zu politischer Verantwortung und für die Herausarbeitung der gemeinsamen großen Ziele des deutschen Volkes.

Der heutige Tag ist dem Studium der neuen Königsberger Verkehrsanlagen, des größten deutschen Luftbahnhofes, des neuen Seehafens und der mit der deutschen Ostmesse verbundenen Organisationen, die der Förderung der Ostwirtschaft dienen, gewidmet.

Die Vorstandswahlen ergaben die Wiederwahl der bisherigen Vorsitzenden Baecker-Berlin, Freund-Berlin und Neumann-Berlin. Zweiter stellvertretender Vorsitzender wurde an Stelle von Karthaus, der eine Wiederwahl abgelehnt hatte, Kayser-Elberfeld. Zu Schriftführern wurden wiedergewählt Zinn-Hamburg, Giesen-Frankfurt a. M. und Stoffers-Düsseldorf. Dritter Schriftführer wurde an Stelle von Freiherrn v. Biedermann Dr. Dovifat-Berlin. Schatzmeister sind wie bisher Moßner und Bernhard, Beisitzer Rippler und Herrlein. Ebenso wurde das bisherige Ehrengericht wiedergewählt. Dem ersten Schatzmeister Moßner wurde gleichzeitig die Ehrenmitgliedschaft verliehen.

Rossi stellt sich selbst.

Nachrichtendienst der „Vossischen Zeitung“.

mp **Rom,** 22. Juni.

Commandatore Cesare Rossi, der geflüchtete Pressechef im Innenministerium, erschien heute nachmittag ½8 Uhr im römischen Gefängnis und erklärte, sich freiwillig dem Gericht stellen zu wollen.

Rossi, der sich den Schnurrbart hatte abrasieren lassen, war in Begleitung einer Cousine und eines Neffen bei dem Direktor des Gefängnisses erschienen und hatte erklärt, daß er sich in den letzten Tagen in der Nähe der Hauptstadt versteckt gehalten habe. Die Nachforschungen nach Rossi hatten sich in den letzten Tagen derart verschärft, daß ihm jede Flucht unmöglich wurde. Rossi hatte bei seiner Selbststellung den Betrag von 1000 Lire (etwa 180 Mark) bei sich.

Die Neapler Blätter „Matino“ und „Mezzo Giorno“ veröffentlichen heute die Aussagen des Sekretärs Filipellis, Gabello, und eines Redakteurs, welche diese vor dem Richter gemacht haben. Die beiden behaupten, daß Filipelli dem Unterstaatssekretär Finzi die Einzelheiten über den an Matteotti begangenen Mord mitgeteilt hätten. Finzi sorgte dafür, daß General de Bono von ihm persönlich telephonisch auf dem Laufenden gehalten wurde. Die zwei Zeugen wurden vom Untersuchungsrichter darauf aufmerksam gemacht, welche Verantwortung sie durch ihre Aussage auf sich laden, wenn sie nicht vollkommen der Wahrheit folgen. Die beiden Zeugen hielten aber ihre Aussage voll aufrecht.

Am Grabe Rathenaus. Am 24. Juni jährt sich zum zweiten Male der Tag, an dem Walter Rathenau völkischer Mörderhand zum Opfer gefallen ist. Die sozialdemokratische und die demokratische Partei in Gemeinschaft mit dem Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold werden das Andenken an den großen Toten durch Gedenfeiern und durch eine Kundgebung am Grabe würdig ehren. Um 7¼ Uhr sammeln sich die Mitglieder dieser Organisationen an verschiedenen Punkten der Stadt, um von dort aus mit Lastautos nach der Grabstätte Rathenaus in Oberschöneweide zu fahren. Hier werden Landtagsabgeordneter Nuschke und Reichstagsabgeordneter Scheidemann die Gedenkworte sprechen, wonach die Kranzniederlegung erfolgt. Die Feier am Grabe findet um 8½ Uhr statt.

Strafanträge gegen die Fürstengrufträuber. In der durch Amtsgerichtsrat Neumann im Schwurgerichtssaal fortgesetzten Verhandlung im großen Schöffengericht Berlin-Mitte gegen die Einbrecher- und Räuberbande, die u. a. die Gruft des Generalfeldmarschalls v. Moltke und die Weimarer Fürstengruft schändete, nahm heute vormittag nach Beendigung der Beweisaufnahme Staatsanwaltschaftsrat Polzin das Wort, um die Strafen gegen die Angeklagten zu beantragen. Er bezeichnete die Angeklagten als eine Verbrecherbande von seltener Gemeingefährlichkeit, die auf möglichst lange Zeit unschädlich gemacht werden müsse. Der Staatsanwalt beantragte gegen Jakubke, Wolff und Löhmann je 15 Jahre Zuchthaus, gegen Wuttge 12 Jahre Zuchthaus und gegen Paucka 8 Jahre Zuchthaus, außerdem gegen die Angeklagten 10 Jahre Ehrverlust und Zulässigkeit der Polizeiaufsicht. Bei den Hehlern ließ sich eine Schuld im allgemeinen nicht überzeugend nachweisen, und der Staatsanwalt beantragte gegen die Hehler Freisprechung mit Ausnahme des Angeklagten Musielak, dessen Verurteilung zu sechs Monaten Gefängnis wegen einfacher Hehlerei er verlangte.

Elternbeiratswahlen an den Berliner Schulen. Die gestrigen Elternbeiratswahlen an den Groß-Berliner Schulen haben, soweit sich aus den bisher vorliegenden Meldungen erkennen läßt, ein weiteres starkes Anwachsen der Stimmen für die christlich-unpolitischen Listen und damit einen Rückgang der sozialistischen Liste gebracht. Bis heute mittag lagen die Ergebnisse aus 302 Gemeindeschulen Groß-Berlins vor. Sie ergaben folgendes Bild: Es sind gewählt 3081 Vertreter der christlich-unpolitischen Liste, 598 Vertreter der sozialistischen (Schulaufbau-) Liste, 84 Vertreter der kommunistischen Liste, 1 Vertreter der Lehrervereinsliste. Im ganzen wurde in ca. 500 Gemeindeschulen gewählt, von denen jedoch allein ca. 130 überhaupt nur die christlich-unpolitische Liste aufgestellt hatten, die damit als gewählt gilt. Ebenso ist an den höheren Schulen größtenteils nur eine einzige Liste ohne besondere politische oder sonstige Prägung, dagegen nur ganz vereinzelt die sozialistische Liste aufgestellt worden. Die Wahlbeteiligung hat im Durchschnitt etwa 45—50 Prozent betragen, war also etwas schwächer als bei den Wahlen vor zwei Jahren, wozu insbesondere der Umstand beigetragen haben dürfte, daß die Spannung an den Berliner Schulen seit den letzten Wahlen erheblich nachgelassen hat.

Raubmord bei Karlshorst. Passanten fanden gestern auf der Trainierbahn von Karlshorst die Leiche einer etwa dreißigjährigen Frau. Da man eine Schußwunde im Kopfe entdeckte, wurde die Mordkommission der Berliner Kriminalpolizei alarmiert, die feststellte, daß allem Anschein nach ein Raubmord vorliegt. Die Jacke, mit der die unbekannte Frau bekleidet war, ist mit einer Firma in Milwaukee gezeichnet, woraus hervorgeht, daß die Frau zum mindesten einige Zeit lang in Amerika gewesen ist. Ihre sonstige Kleidung läßt darauf schließen, daß sie den besseren Kreisen angehört. Da die Handtasche und sonstige Ausweise fehlten und ebenso kein Schmuck zu finden war, so glaubt man, daß ein Raubmord vorliegt. Der tödliche Schuß muß aus unmittelbarer Nähe abgegeben sein, eine Waffe wurde jedoch nicht gefunden. Die Leiche wurde nach Oberschöneweide gebracht. Der Name der Unbekannten ist bisher noch nicht ermittelt.

Das Opfer von Messerstechern. Vor dem Hause Inselstraße Nr. 1 wurde in der vergangenen Nacht gegen 2 Uhr ein junger, anscheinend dem Arbeiterstande angehörender Mann von drei Wegelagerern überfallen und durch Messerstiche tödlich verletzt. Die Burschen hatten schon vorher mehrere des Weges kommende Passanten belästigt und sich dann auf den jungen Mann gestürzt. Die herbeigerufene Feuerwehr brachte den Ueberfallenen nach dem Krankenhaus Bethanien, doch erklärte der Arzt, daß der Verletzte mit dem Leben nicht davonkommen dürfte.

Ein Schiff mit 77 Mann gesunken. Wie uns ein Funkspruch aus London meldet, ist der der Clan-Linie gehörige Dampfer „Clan Macmillan“ auf dem Wege von Madras nach Rangoon in einem Cyklon untergegangen. Der Dampfer hatte keine Passagiere an Bord. Das Schicksal der 77 Mann Besatzung ist noch unbekannt, indes ist damit zu rechnen, daß alle ertrunken sind, da der Dampfer „Leicestershire“, der den Hilferuf des „Clan Macmillan“ empfing, trotz längeren Absuchens des ihm aufgegebenen Schiffsortes weder von der Besatzung noch von dem Dampfer irgend etwas mehr feststellen konnte.

Spekulation auf das Pietätsgefühl. Mit einem nichtswürdigen Trick ergaunert sich eine etwa 50jährige, sehr solide aussehende Frau größere Summen. Einige Tage nach dem Begräbnis eines in Berlin Verstorbenen erscheint sie, scheinbar ahnungslos, bei den Angehörigen, fragt nach dem Toten und gibt einen angeblich goldenen Ring mit seinen Initialen ab. Sie behauptet, daß der Ring vor einiger Zeit bestellt worden sei. Die Angehörigen glauben der Frau, kaufen die letzte Bestellung des Heimgegangenen als Andenken und zahlen den ungewöhnlich hohen Preis, den er mit der Lieferantin vereinbart haben soll. Erst später stellt sich heraus, daß der Ring unecht und daß die Frau eine Betrügerin ist, die die Kenntnis von der Beerdigung für ihren Schwindlertrick ausgenutzt hat.

Selbstmord eines Liebespaares. Sonntag nachmittag gegen ½2 Uhr fand der Kaufmann Rudolf Schmidt aus der Zimmerstraße in Berlin im Jagen 221 der städtischen Forst Groß-Berlin, etwa 1 Kilometer nordwestlich des Bahnhofs Wilhelmshagen, in einer Kiefernschonung die Leiche einer männlichen und einer weiblichen Person. In der Nähe der beiden Toten wurde eine Selbstladepistole mit zwei abgeschossenen Hülsen gefunden. Der Schuß ist bei beiden Personen etwa zwei Finger unterhalb der linken Brust eingedrungen. Nach den vorgefundenen Briefen handelt es sich um einen gewissen Hans Dehn, 21 Jahre alt und um die gleichaltrige Grete Weil. Beide Personen erklären in den zurückgelassenen Briefen, aus dem Leben scheiden zu müssen und bitten, sie gemeinschaftlich zu beerdigen. Das Motiv zur Tat soll in einer großen Schuldenlast zu suchen sein. Die Leichen wurden beschlagnahmt und in die Leichenhalle in Friedrichshagen überführt.

Das Autogramm der Filmdiva. Kaum haben die beiden Filmlieblinge Mary Pickford und Douglas Fairbank Berlin verlassen, um in Kopenhagen von der begeisterten Volksmenge fast erdrückt zu werden, da taucht auch schon in Berlin ihr „Generalbevollmächtigter“ auf, der in vornehmen Hotels mit einer Zeichnungsliste für ein deutsches Mary-Pickfort-Waisenhaus in Schöneberg herumgeht und hohe Geldbeträge einsammelt. Es ist natürlich ein Schwindler, der ein Autogramm der Filmdiva, das er sich jetzt bei ihrem Berliner Aufenthalt im Hotel geholt hat, für seine bisher sehr einbringlichen Schwindeleien ausnutzt.

Republikanische Kundgebung. Am Donnerstag, 26. Juni, 8¼ Uhr abends, findet in der Stadthalle, Klosterstraße, eine Kundgebung zur Lage unter dem Titel „Herriot und die Deutsche Tage“ statt. Es referieren u. a. Polizeioberst Lange (Schwerin), Oberregierungsrat Dr. Hans Simons und Karl Vetter.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Kameradschaft „Tiergarten“, heute Versammlung bei Krüger, Putlitzstr. 10.

Wetteraussichten für Berlin und Umgegend. Zeitweilige Aufheiterung, am Tage etwas wärmer, schwach windig

---

Der Große Hansa-Preis.

Augias von Barde geschlagen. — Falsum Vorletzter.

Seit zwei Tagen hatte es in Hamburg fast ununterbrochen geregnet. Kaum, daß sich der Himmel von Zeit zu Zeit eine kurze Ruhepause gönnte, um dann mit erhöhter Kraft von neuem einzusetzen. Das Horner Moor stand also am Tage des Großen Hansa-Preises geradezu unter Wasser — ein Umstand, der die Aufgabe der im Rennen befindlichen Dreijährigen sowie des nicht weniger als 65 Kg. tragenden Augias von vornherein fast unmöglich machen mußte. Der Weinberger holte sich denn auch eine glatte Niederlage durch Barde, der diesmal, im Gewicht ganz erheblich begünstigt, den Spieß umdrehte und seinen Gegner nach tapferer Gegenwehr zur Strecke brachte. Diese Niederlage vermag, in Anbetracht der äußeren Umstände, den Ruf des Weinbergers kaum zu schmälern. Er hat nach wie vor als unser bestes älteres Pferd zu gelten, und Gegner wie Staffelstab und Hausfreund hatten auch diesmal seine absolute Ueberlegenheit anzuerkennen. Eine bittere Enttäuschung bereitete Falsum, mit dessen Derby-Aussichten es nach seinem völligen Versagen nicht mehr allzu rosig aussieht. Der Dreijährige war schon vor dem Einlaufbogen geschlagen, bald, nachdem sein Altersgefährte Kili die Waffen gestreckt hatte. Das Derby erscheint offener denn je. Die Ergebnisse:

Parchimer Rennen (5000 M., 1400 Mtr.): 1. Stall Halmas Geiser (O. Schmidt); 2. Fegefeuer (Olejnik); 3. Leistung (Huguenin). Tot. 16, Pl. 12, 14, 16. Ferner: Sedalia, Tatkraft, Aischa, Tamara, Schirmherr. 3—½—1¼ Lg. — Augias-Rennen (5000 M., 1000 Mtr.): 1. Gest. Weils Laufjunge (Tarras); 2. Magnet (Grabsch); 3. Tornado (Rastenberger). Tot. 27, Pl. 16, 20. Ferner: Maravedies, Fürst Emmo, Lakai. Kopf—¾—1 Lg. — Silberne Peitsche (6000 M., 1800 Mtr.): 1. Stall Halmas Guenole (H. Stubinger); 2. Sternklar (Major Braune); 3. General (Hr. Dierig). Tot. 18, Pl. 10, 10, 11. Ferner: Dublone, Cebria, Kribbel-Krabbel, Muratis. 8—1—3 Lg. — Großer Hansa-Preis (Ehrenpr. u. 30 000 M., 2200 Meter): 1. O. Backes Barde (H. Teichmann); 2. Augias (O. Schmidt); 3. Staffelstab (Olejnik). Tot. 198, Pl. 48, 71. Ferner: Hausfreund (4.), Falsum (5.), Kili. — 2—1½ Lg.—Kopf. — Grabitzer Rennen (6000 M., 1200 Meter): 1. M. Schönemanns Ischida (Torke); 2. Meergeist (Gormann); 3. Carl-Heinz (Blume). Tot. 22, Pl. 16, 29, 40. Ferner: Nagulna, Saint Helena, Armadilla, Ritterakademie, Eifel, Sinir. 2—2½—1 Lg. — Peter-Ausgleich (9000 M., 1600 Mtr.): 1. L. Röllers Pan Robert (Otto); 2. Idomeneus (Huguenin); 3. Rückgrat (Tarras). Tot. 85, Pl. 36, 30, 83. Ferner: Per Dark, Marasquino, Humboldt, Patrizier, Robelmann, Rosebank, Dunst, Antilope, Sagnot, Teddybär, Leander, Coeur Bube. 1—1¼—½ Lg. — Alphons-Brödermann J.-R. (8000 M., 3500 Mtr.): 1. F. Schmeils Mein Leopold (Hr. Braune); 2. Lilienstein (v. Borcke); 3. Bennewar (v. Keller). Tot. 25, Pl. 13, 19, 14. Ferner: Aunukam, Fontasee, Entschluß, Oro, Münze, Adolphus, Duhr-Spitze.

*

Von weit besserer Seite zeigte sich der Derby-Jahrgang der Traber in Ruhleben. Auf den drei ersten Plätzen der über 2800 Meter führenden Berolina endeten Dreijährige, während Stella Harf und Agi, als Vertreter der älteren Jahrgänge, im geschlagenen Felde einkamen. Diese Zuchtprüfung gipfelte im übrigen in einem wunderbaren Endkampf, der die Meisterschaft des Fahrers J. Mills erst im Ziele für Fels entschied. Die Ergebnisse:

Preis von Mühldorf (2300 M., 2500 Mtr.): 1. R. Fisch' Bismarck (J. Mills); 2. Crassus; 3. Margot I. Tot. 37, Pl. 18, 25, 23. Ferner: Bechamelle, Abdullah Silver, Blaumeise, Della, Idealist K., Lady Petaurist, Federnelke, Kuser, Hauptmann, Diana VII, Harlekin, Willy I. 5—1½ Lg. — Preis von Farmsen (2300 M., 1200 Mtr.): 1. Gestüt Bindows Sudan (R. Großmann); 2. Hersteller; 3. Meister B. Tot. 34, Pl. 20, 29, 31. Ferner: Ludwig, Capitain Halle, Triumph, Potsdam, Kinostern, Kammersänger, Dunajek, Divisionär, Karl Alexander, Primus, Cotta. 10—Hals. — Preis von Straubing (5000 M., 2400 Mtr.): 1. R. Fisch' Odysseus (Bes.); 2. Arworthy J.; 3. Heiderose B. Tot. 35, Pl. 18, 19, 29. Ferner: Edinhard, Batschari, Prinz Kuckuck, Flora Bingen, Allerionn, Alpenfex, Nachtfalter, Sybill, Angriff, Harry W., Heideprinz I, Gudrun II, Schlips, Albatros. 5—3 Lg. — Berolina (Ehrenpr. u. 7500 M., 2800 Mtr.): 1. G. Kuckucks Fels (J. Mills); 2. Wildkatze; 3. Frankenstein. Tot. 19, Pl. 13, 20, 22. Ferner: Cadiac, Arworthy, Florian, Agi, Stella Harf. Kurzer Kopf—1½ Lg. — Preis von Mariendorf (2300 M., 2300 Mtr.): 1. Gestüt Hösseins Natter (Herm. Schleusener); 2. Peralta; 3. Ludwig R. Tot. 85, Pl. 21, 76, 36. Ferner: Instanz, Inhaber, Coriolanus, Schwarzwaldmädel, Imitation, Wainmairo, Barmaid, Dompfaff I, Gleichgleich. — Preis von Mariendorf (2300 M., 2200 Mtr.): 1. Stall Cindts Drelise Anvil (M. Ringius); 2. Katzbach; 3. Winnie. Tot. 26, Pl. 10, 10, 11. Ferner: Morgensonne, Christl, Klasse für sich, Charade, Diagonale, Dichtung, Dilemma, Filie, Mora. 2—8 Lg. — Preis von Bahrenfeld (5000 M., 2600 Mtr.): 1. Gestüt Falkenhagens Satyre (J. Mills); 2. Wilaska; 3. Kottingbrunn. Tot. 20, Pl. 11, 14, 12. Ferner: Hartstein, Stuart Webbs, Feuerwehr, Erdmann. 5—Hals. — Preis von Breslau (2300 M., 2400 Mtr.): 1. M. Heeses Schneewolke (Rogowski); 2. Jimiene; 3. Else B. I. Tot. 41, Pl. 11, 10, 10. Ferner: Novelle I, Alexander H., Lu, Paula Bingen. 1½—3 Lg. — Preis von München (2600 M., 2500 Mtr.): 1. C. Jürgens Harry W. (Bes.); 2. Paul B.; 3. Haubitze. Tot. 28, Pl. 13, 24, 15. Ferner: Germania W., Gawein (o. W.), Koranna, Leichtsinn, Verdun. 5—1½ Lg.

Amerikaner

nur kurze Zeit in Deutschland

kauft bar:

Seltene Briefmarken und Sammlungen

Seltene Marken auf Brief

Seltene Stücke der Vereinigten Staaten

Für feine Stücke höchste Preise.

Angebote und Briefe erbeten an

American Express-Company, Berlin W8, Charlottenstr. 55

für Warren H. Colson.

(Hierzu eine Beilage.)

Verantwortlich für die Anzeigen: i. V. Otto Hanke Berlin

Verlag und Druck: Ullstein A. G. Berlin.

Finanz- und Handelsblatt der Vossischen Zeitung

mit Kurszettel der Berliner Börse.

Beilage zu Nummer 295 — Chefredakteur: Georg Münch. Verantwortlich: Max Mattersdorf-Friedenau. — Montag, 23. Juni 1924, abends

Abbröckelnde Kurse.

Unter dem Druck von Executionen.

Die Börse eröffnete die neue Woche in uneinheitlicher und lustloser Haltung. In erster Linie verstimmte die Insolvenz einer kleinen Berliner Bankfirma. Die für deren Rechnung erfolgenden Exekutionen drückten verschiedentlich auf das Kursniveau. Weiter wurde beachtet, daß das Geschäft am Kriegsanleihemarkt wesentlich ruhiger geworden ist, ohne daß allerdings der Kurs beträchtlich nachgegeben hat. Da ferner das Ausland sowohl wie die Provinz als Käufer nicht im Markte waren und andererseits neue Nachrichten über Betriebsstillegungen umliefen, bröckelten die Kurse im Verlauf trotz anhaltender Geldflüssigkeit ab. Nicht zuletzt schenkte man der Befestigung des Franken Aufmerksamkeit.

Am Montanmarkt verloren zu den ersten Kursen Bochum Guß 2¼, Gelsenkirchen 1¾, während Essener Steinkohlen 1½ gewannen. Kali- und chemische Werte ohne nennenswerte Veränderungen. Am Elektro- und Waggonaktienmarkt stilles Geschäft.

Unter den übrigen Industriepapieren waren kleine Besserungen vorherrschend, die jedoch fast nirgends über 1 hinausgingen. Bamag gewann 1, während Ludwig Loewe 1 nachgab. Metallwerte leicht erholt bei sehr stillem Geschäft. Unter den übrigen Werten sind Petroleumpapiere zu nennen, in denen sich bei stillem Geschäft eher eine leichte Abgabeneigung geltend machte. Deutsche Erdöl gingen von 36⅛ bis auf 35 zurück, während Deutsche Petroleum keine nennenswerten Veränderungen zeigte.

Schiffahrtswerte waren eher leicht abgeschwächt. Bankaktien dagegen eine Kleinigkeit befestigt.

Von Kolonialwerten nannte man Kaoko 400, Sloman 7,2, Südsee 4,7, Diamond 13,7, Salitrera 225.

Von russischen Werten nannte man: 1902er Russen 1,6, Petersburger Intern. 1,1, Russenbank 4,2.

Als besonderes Moment sei noch erwähnt, daß für Canada- und Baltimore-Aktien Käufe von besonderer Seite, ferner solche in türkischen Werten vom Auslande her bemerkt wurden.

Am Markt der Kriegsanleihe, auf die naturgemäß die Aufmerksamkeit wieder besonders gerichtet war, machte sich heute eher eine gewisse Realisationsneigung geltend. Das Papier setzte mit 138 ein, gab dann bis auf 125 nach, hob sich später aber wieder bis auf 129.

Ausländische Renten leicht nachgebend.

Unnotierte Werte lagen ebenfalls schwächer. So waren u. a.:

Notierungen in Billionen Prozent.

	23. 6.						
		Dt. Lastauto	0,85	Ifa	0,20	J. Roth AG.	2,50
Adler Kohle	5,75	Dt. Petrol.	9,125	Kab. Rheydt	4,00	Ruhland W.	0,80
Agema	0,20	Dortm. Cem.	0,30	Koch Schiff	1,00	Schebera	0,90
AG.f.Petr-I.	2,50	DuxPorzell.	46,00	Krügersh.	3,25	Schls.-Trier	—
Allemania	0,30	Elektr. Osm.	0,30	Kurs. Brk.	0,625	Schwerdtfg.	2,50
A. Hochbau	0,70	Evaporator.	0,525	Lerche&Nip	0,15	Jul. Sichel	3,75
Alth.Amb.F.	0,10	Fraurth. Pz.	8,00	Lloyd-Dyn.		Stock & K.	0,15
Bayernw.Hz	0,60	Frist.&Ross	70,00	Manoli Zig.	0,40	StoewerMot.	2,50
Beck. Kohle	4,625	Getreide-C.	20,00	Martins&Bl.	0,05	Stralau Glas	7,25
BeckerStahl	2,375	Glückauf B.	1,00	Meurer	0,09	Technik	0,125
Benz	2,00	Görlitz. Ztrf	0,10	MeyerTextil	0,575	Terra-Film	0,35
Bln.-Halbst.	0,10	Grade-Auto	0,25	Muldenthal	[illegible]	Thür.Uhren	0,60
Brand. Futt.	—	Grade-Mot.	0,65	Müll.Kaffee	0,35	Tiag	0,75
Brown Bov.	1,25	Großkr. Fr.	3,00	Nation. Film	0,60	TriererWlz.	9,00
Buciag	—	Hannov Kali	9,50	N. Boden Vz	—	Tuchsch.Hlz	1,25
*C. Hisp. arg	282,50	Hasse & Co.	0,10	Nicolai Tab.	0,50	Ufa	3,875
*do. span.	283,00	Heldburg	33,50	Nienbg. Eis.	—	Ummendorf	0,50
*do. Aktien	1155,0	Hintz Grün.	0,10	NiwelZigar.	0,02	Vema	—
Chem. Hahn	0,09	Hochfrequ.	4,25	Oehring.Bg.	—	Vogtldr.&S.	—
Chem.Löbbe	0,10	Holsatia	0,30	Olea	2,50	Warenkrdk.	0,61
Dauerwsch.	0,10	Holzm. Glas	—	OswaldFilm	—	Zehlend.-W.	1,25
Dt. Chem.W	0,10	Huttenloch	0,30	Pose	0,35	Zeitz. chem.	4,75
Dt.Wid. u.H.	0,14	Ibag	0,40				

* In Mark per Stück.

*

Am Geldmarkt prägte sich die leichte Tendenz heute noch deutlicher aus; tägliches Geld war bis zu ¼ pro Mille pro Tag angeboten.

*

Frankfurter Börse.

Das Geschäft in deutschen Staatsanleihen war auch an der heutigen Börse noch ziemlich groß, doch nicht mehr so umfangreich wie in den letzten Tagen. Die Kurse gingen etwas zurück: 5proz. Reichsanleihe 0,13. Auch die Hausse in ausländischen Renten, namentlich in ungarischen und türkischen, hat etwas nachgelassen. Der Markt darin ist aber immer noch ziemlich fest. Ungrische Goldrente 4⅝, ungarische Kronenrente 1, Zolltürken 5⅛, II. Bagdadanleihe 6⅛.

Hamburger Börse.

Die Stimmung blieb heute durchaus uneinheitlich. Der Bankenmarkt lag durchweg ein Kleinigkeit fester. Der Montanmarkt war leicht abgeschwächt. Auch der Bahnenmarkt litt unter einem, wen auch kleinen Ueberangebot. Lübeck—Büchener ex Dividende — 1½. Am Markt der heimischen Industriepapiere waren Brauerei- und Zementwerke etwas gesucht. Eisen-, Maschinen- und chemische Werte durchweg angeboten. Stärkeres Angebot herrschte auch in Anleihen. Tägliches Geld ½ pCt.

Hildesheimer Bank A.-G., Hildesheim. Das Institut, daß in diesem Jahre nicht wie gewöhnlich als erste der Kreditbanken seinen Abschluß vorgelegt hat, erzielte 1923 an Ueberschuß der Ertragskonten von 317 057 Bill. M., von dem nach Abzug von 145 855 Bill. M. Verwaltungskosten und Steuern 171 201 Bill. M. vorgetragen werden. Die Bilanz zeigt Kreditoren von 2 107 856 Bill. M., darunter Nostro-Verpflichtungen. Auf der Aktivseite stehen Kasse mit 97 804, Wechsel 810 065, Nostro-Guthaben 315 463, eigene Wertpapiere 205 192, Debitoren 764 507 Bill. M. Da die Verwaltung überhaupt keine Erklärungen zur Bilanz gibt, so sei nur auf die im Gegensatz zu den sonstigen Bankgepflogenheiten der laufenden Periode außerordentliche Höhe des Wechselbestandes hingewiesen.

Bankverein für Nordwest-Deutschland A.-G. in Bremen. Das Institut erzielte Gesamteinnahmen von 438 989 Bill. Mark. 254 547 davon können als Saldo vorgetragen werden. Die Bilanz zeigt Kreditoren in Höhe von 1 976 584, von denen ein auffällig hoher Prozentsatz, nämlich 1 754 652 als feste, erst nach drei Monaten fällige Kredite erscheinen. Eine solche lange Kredithereinnahme hat zwar zweifellos in den ersten Monaten dieses Jahres erhebliche Vorteile für das Institut gebracht. Der Geschäftsbericht schreibt deshalb auch, daß sich das Geschäft in den ersten Monaten des Jahres 1924 rech gut entwickelte. Auf die Dauer kann ein Bankinstitut indes nur einen so hohen Prozentsatz von Einlagen mit langen Fristen und eben so lange vorher festgelegten Zinssätzen durchhalten, wenn es nicht nach den gleichen Grundsätzen auch auf der Aktivseite vorgegangen ist. Wie weit das hier geschehen ist, geht aus Bilanz und Geschäftsbericht nicht hervor. Denn Debitoren, bei denen man am ersten auf solche langen Fristen schließen könnte, machen mit 696 329 Bill. M. noch nicht die Hälfte der in Frage kommenden Stumme aus. Es bleibt also übrig, daran zu denken, daß in den 1 266 822 Bill. M. Nostro-Guthaben bei Banken und Bankiers die langfristigen Aktiv-Gegengeschäfte zu suchen sind, eine Tatsache, die den Wert dieser Guthaben als Liquiditätsreserve naturgemäß beeinträchtigt, wenn auch auf der adern Seite darauf hinzuweisen ist, daß die sofortige Verflüssigung in diesem Falle wegen der mit langen Fristen laufenden Einlagen keine so hervorragende Rolle zu spielen braucht, wie im Normalfalle. Kassebestände betragen 220 682 Bill. M.

Niederlausitzer Bank A.-G. Cottbus. Das Institut, das der Deutschen Bank nahesteht, erzielte einen Ueberschuß von 248 689 Bill. M. Nach Abzug der Unkosten usw. können 126 136 Bill. Mark vorgetragen werden. 2 709 493 Bill. M. Kreditoren, darunter gar keine auf provisionsfreier REechnung, sondern mit Ausnahme von 536 128 Guthaben anderer Banken sämtlich innerhalb 7 Tagen fällig, fanden Anlage in 1 063 725 Bill. M. Debitoren, 361 007 Bill. M. Reports und Lombards sowie 1 165 155 Bill. M. Nostro-Guthaben bei Banken und Bankfirmen.

Paul Mankiewitz †. Die deutsche Finanzwelt hat einen schweren Verlust zu beklagen. Der Direktor der Deutschen Bank, Paul Mankiewitz, ist gestern früh im 67. Lebensjahr auf seinem Gute Selchow bei Storkow gestorben. Sein Name ist innig mit der Geschichte der Deutschen Bank verknüpft, in deren Dienste er im Jahre 1879 getreten war. An ihrem Aufschwung hat Mankiewitz, der 1885 zum Prokuristen, 1891 zum stellvertretenden Direktor, 1898 zum Volldirektor ernannt worden war, in hervorragender Weise mitgewikt. Sein eigentliches Betätigungsfeld war das internationale Börsen- und Finanzgeschäft, in dem er als Autorität ersten Ranges galt. Ihm lagen neben der Leitung des gesamten Börsenapparates der Deutschen Bank die börsentechnische Durchführung der großen Finanzierungen und Emissionen seinesInstitutes und die geschickteAusnutzung des internationalen Kapitalmarktes für diese Geschäfte ob. An der Berliner Börse, die er bis in den Krieg hinein regelmäßig besuchte, erfreute er sich der denkbar größten Achtung. Er gehörte dem Börsenvorstande und dem Zentralausschuß der Reichsbank an. Außerdem verbanden Mankiewitz zahlreiche Beziehungen mit der Industrie. So stand er insbesondere den Hohenlohewerken nahe, deren finanzielle Reorganisation er geleitet hatte. Während des Krieges, der ihm einen Sohn entriß, hatte er sich in umfangreicher Weise gemeinnützigen Bestrebungen gewidmet, namentlich zugunsten der in Gefangenschaft geratenen Deutschen. In der Nachkriegszeit arbeitete er mit der größten Energie an der Umstellung auf die neuen Verhältnisse. In den letzten Monaten mußte er freilich seinem Arbeitsdrange Zügel anlegen, da ihn ein schweres Herzleiden quälte, dem er jetzt auch erlegen ist. In der Ende dieser Woche stattfindenden G.-V. sollte er in den Aufsichtsrat der Deutschen Bank gemeinsam mit seinem Kollegen Heinemann gewählt werden.

Geschäftsaufsicht über eine hiesige Bankfirma. Das Bankgeschäft Paul Steinberg & Co. hat sich, wie wir erfahren, unter Geschäftsaufsicht gestellt. Den Maklern wurde im Laufe des heutigen Vormittags die Mitteilung gemacht, daß die Firma nicht mehr als Aufgabe zu betrachten sei.

Polnische Staatshilfe für die Laurahütte. Nach der „Neuen Freien Presse“ sollen in den letzten Tagen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Bosel-Weinmann-Gruppe, der Laurahütte und der polnischen Regierung zum Abschluß gelangt sein. Danach soll die polnische Regierung von der Bosel-Weinmann-Gruppe 10 pCt. des Aktienkapitals übernehmen, der Gesellschaft einen großen Kredit zur Verfügung stellen und ihr zur Fortführung des Betriebes der Hüttenwerke einen Auftrag auf 10 000 To. Eisenbahnschienen zugewiesen haben. An den Verhandlungen nahmen von der Laurahütte Präsident v. Schwabach und Direktor Nathan von der Dresdner Bank, für das Bankhaus Bosel der Generalbevollmächtigte David und für das Haus Weinmann Herr Fritz Weinmann teil.

Stillegung bei Mansfeld. Trotz der staatlichen Stützungsaktion sieht sich, wie uns gedrahtet wird, die Mansfeld A.-G. infolge weiteren Sinkens der Kupferpreise gezwungen, den Hermann-Schacht völlig stillzulegen. 2000 Arbeitern und Angestellten wurde gekündigt, 850 werden davon auf Nachbarschächte übernommen.

170 Betriebe in Pirmasens stillgelegt. Die Wirtschaftskrise, unter der seit Wochen die deutsche Wirtschaft leidet, macht sich in der Pfalz, und besonders im Pirmasenser Gebiet, wie uns unser Frankfurter Korrespondent drahtet, immer empfindlicher bemerkbar, so daß man hier schon von einer Katastrophe sprechen kann. In Pirmasens und Umgebung sind in den allerletzten Tagen nicht weniger als 170 Betriebe stillgelegt und dadurch mehr als 4000 Arbeiter neuerdings arbeitslos geworden. Die hierdurch hervorgerufene Notlage hat den Reichstagsabgeordneten Hermann Hofmann in Ludwigshafen veranlaßt, bei den maßgebenden Instanzen die nötigen Schritte anzuregen, dmit der furchtbaren Not gesteuert werde.

Kaoko Land- und Minengesellschaft, Berlin. Die Verhandlungen der Direktion mit der südafrikanischen Regierung haben nunmehr, wie wir erfahren, zu dem Ergebnis geführt, daß die im November dieses Jahres ablaufende Konzession auf Schürfungen um zwei Jahre verlängert wurde. Allerdings ist die Kaoko verpflichtet, während dieser zwei Jahre insgesamt 4000 Pfund Sterling für Schürfarbeiten aufzuwenden. Da jedoch keine flüssigen Mittel verfügbar sind, wird sich eine neuerliche G.-V. mit der Beschaffung im Wege einer Kapitalserhöhung befassen müssen. Die noch im Gange befindlichen Schürfarbeiten haben bisher keine weiteren nennenswerten Funde zutage gefördert.

Tüll- und Gardinen-Weberei A.-G., Plauen. Die a.-o. G.-V. setzte die Zahl der Aufsichtsratsmitglieder für die Zukunft auf 10 fest. Neu in den Aufsichtsrat — Direktor Anhegger hatte sein Mandat wegen geschäftlicher Ueberlastung niedergelegt — wurden gewählt: Kommerzienrat Otto Leopold Hartenstein-Plauen, Landrat a. D. Lenz-Plauen, Direktor Fiedler-Plauen, Syndikus Brückner-Plauen und Bankdirektor Ludwig Berliner von der Kommerz- und Privatbank Berlin. Ende d. M. werden O. L. Hartenstein und Fiedler aus dem Aufsichtsrat wieder ausscheiden und durch Ludwig Hartenstein und Wilhelm Strobel ersetzt werden.

Berliner Produktenverkehr.

Am Produktenmarkt ka mes auch heute kaum zu Umsätzen. Das Angebot in Brotgetreide war im allgemeinen sehr reichlich. Von wesntlichem Einfluß auf die Marktlage ist die Tatsache, daß die schlechte Haltbarkeit der Ware angesichts der augenblicklichen Witterung sogr zu Verkäufen von Brotgetreide für Futterzweicke drängt.

Frühmarkt: Am heutigen Frühmarkt notierte Hafer 140 bis 146, Gerste 160—168, Roggenkleie 90.

Amtliche Berliner Produkten-Notierungen vom 23. Juni
Preise in Goldmark auf Basis der Goldanleihe des Deutschen Reiches.
Getreide und Oelfrüchte je Tonne, alle übrigen Artikel je 100 kg.

Produkte	heute	Vortag	Produkte	heute	Vortag
Weizen, märk.	135—140	136—142	Vikt.-Erbs.	19,00—20,00	19,00—20,00
„ pomm.	—	—	Kl. Speise-	13,00—15,00	13,00—15,00
„ schles.	—	—	Futtererbs.	12,00—13,00	12,00—13,00
Roggen, märk.	114—123	114—124	Peluschken	10,00—11,00	10,00—11,00
„ pomm.	—	—	Ackerbohn.	13,00—14,00	13,00—14,00
„ meckl.	—	—	Wicken	11,00—12,00	11,00—12,00
„ westpr.	—	110—112	Lupin.blaue	9,00—10,00	9,00—10,00
Gerste, Brau-	138—145	140—149	do. gelbe	13,00—14,00	13,00—14,00
„ Futter-	127—135	129—135	Serradella	—	—
Hafer, märk.	115—126	115—125	Rapskuchen	8,60—8,70	8,60
„ pomm.	—	—	Leinkuchen	17,00—18,00	16,00—17,00
Mais loko Berlin	—	—	Trocken-		
waggonfr.Hamb.	—	—	schnitzel	6,00—6,20	6,20
Weizenmehl	20,25—23,00	20,25—23,00	Vollw.Zuck.		
Roggenmehl	17,50—20,25	17,50—20,25	Schnitzel	—	—
Weizenkleie	8,00	8,30	Kartoffel-		
Roggenkleie	8,40	8,60	flocken	15,00	16,00
Raps	220	220	Torfmelasse		
Leinsaat	2,60—2,80	—	Mischg.30/70	—	—

Tendenz: Gerste schwach, Kleie matt, alles übrige ruhig.

Metallpreise in Berlin (für 100 kg in Billion. M)		23. Juni	20. Juni
Elektrolytkupfer wire bars (festgestellt von der Vereinigung f. d. deutsche Elektrolytkupfernotiz)		119,50	120,00
Originalhüttenrohzink (Preis des Zinkhüttenverb.)		—	—
Notierung. d. Berl. Metallbörse: Raffinadekupfer, 99-99,3 pCt. f. 1 kg in Billion. M.		1,02—1,03	1,02—1,03
Originalhüttenweichblei	do.	0,55—0,56	0,55—0,56
Hüttenrohzink, Preis im freien Verk.	do.	0,54—0,55	0,54—0,55
Remelted Plattenzink	do.	0,47—0,48	0,46—0,47
Originalhüttenaluminium, 98—99 pCt.	do.	—	—
do. do. in Walz- od. Drahtbarren	do.	—	—
Banka-, Strait-, Austral-Zinn	do.	4,00—4,10	4,00—4,10
Hüttenzinn, mindestens 99 pCt.	do.	3,90—4,00	3,90—4,00
Reinnickel	do.	2,25—2,35	2,25—2,35
Antimon-Regulus	do.	0,68—0,70	0,68—0,70
Silber in Barren ca. 900 fein	do.	88,50—89,00	89,00—89,50

Devisen-Bewegung.

Starkes Angebot bei gestiegenem Bedarf.

Wie stets am Wochenbeginn liegt auch heute am Devisenmarkt ein etwas größerer Bedarf vor. Berücksichtigt man aber, daß sich zu der eigentlichen amtlichen Notiz die Anforderungen von drei Tagen ansammeln, so ergibt sich gegenüber Freitag kaum eine Veränderung. Der Eingang an Exportdevisen ist nach wie vor durchaus befriedigend; im übrigen ist festzustellen, daß der Bedarf bei weitem hinter den Eingängen zurückbleibt. Bei der heutigen Kursfeststellung wurden an die Reichsbank nennenswerte Ansprüche zum Ausgleich kaum gestellt. In einer Reihe von Valuten machte sich sogar recht beträchtliches Angebot geltend, sowohl in den Hauptvaluten als besonders auch in den Frankendevisen (außer Schweiz), ferner Italien und in den Ostdevisen. In London und Holland wurde allerdings ein Teil des stärkeren Angebotes, das infolge überparitätischer Kurserrechnung herauskam, zurückgezogen, als der Kurs paritätisch festgesetzt wurde. Dennoch kamen in London etwa 20 Mill., in Holland etwa 150 000 Gulden, in New York 40 000 Dollar, ferner in Belgien und Italien rund eine habe Milllion Franken bzw. Lire, ferner etwa 1½ Millionen Franken in Paris heraus. In Belgien bestand sogar Ueberangebot.

Der Kurs für London wurde auf 18,20 ermäßigt, im Zusammenhang mit dem erneuten Rückgang des Pfundes gegenüber dem Dollar. London gegen Kabel New York stellte sich 4,33⅜ zu ¾. Der Franken konnte seine vorübergehende Befestigung nicht behaupten. Hier ging London gegen Paris mit 79 zu 80⅛ unter Schwankungen um. Die Mark liegt im Auslande wenig verändert, eher etwas fester, mit 63⅝ in Amsterdam, 1,35 in Zürich und 18,10 in London. Die Spanne zwischen den Kursen im besetzten Gebiet und den hiesigen ist nunmehr wieder ausgeglichen, die dortigen Kurse halten sich wieder in Parität mit den Berliner amtlichen Notierungen.

Berliner amtliche Devisenkurse.
In Billionen Mark.

Telegr. Auszahlungen Reichsbank-Diskont *)		Bank-Diskont	23. 6. Geld	23. 6. Brief	20. 6. Geld	20. 6. Brief
Holland	100 Gulden	5	156,96	157,71	157,11	157,89
Belgien	100 Frank.	6	19,65	19,75	19,65	19,75
Christiania	100 Kron.	6	56,66	56,94	56,71	56,99
Kopenhagen	100 Kron.	7	70,92	71,28	70,82	71,18
Schweden	100 Kron.	5½	110,97	111,53	110,97	111,53
Danzig	100 Gulden	12	72,62	72,98	72,82	73,18
Helsingfors	100 finn. M.	9	10,46	10,52	10,46	10,52
Italien	100 Lire	5½	18,15	18,25	18,10	18,20
London	1 Lstr.	4	18,155	18,245	18,205	18,295
New York	1 Dollar	3½	4,19	4,21	4,19	4,21
Paris	100 Frank.	6	22,64	22,76	22,665	22,785
Schweiz	100 Frank.	4	74,16	74,54	74,06	74,44
Spanien	100 Peseten	5	56,16	56,44	56,16	56,44
Deutsch-Oest. abg.	100000 Kron.	12	5,91	5,93	5,90	5,92
Prag	100 Kron.	6	12,37	12,43	12,37	12,43
Budapest	100000 Kron.	18	4,99	5,01	4,59	4,61
Buenos Aires	1 Papier-Peso	—	1,355	1,365	1,356	1,365
Bulgarien	100 Levs	6½	3,065	3,085	3,015	3,035
Japan	1 Yen	—	1,705	1,715	1,695	1,705
Rio de Janeiro	1 Milreis	—	0,44	0,45	0,44	0,45
Jugoslawien	100 Dinar	—	4,965	4,985	4,99	5,01
Portugal	100 Escudos	—	11,62	11,68	11,72	11,78

*) Wertbeständiger Diskont 10%, do. Lombard 12%.

Neuregelung des Devisenverkehrs in Ungarn. Am Sonnabend erschien in Budapest eine Regierungsverordnung über die Neuregelung des Devisenverkehrs. Es bleibt die alte Beschränkung der Kronenüberweisung und der Kronengutschriften an Ausländer in Kraft mit dem Unterschied, daß die Erlaubnis hierzu in Zukunft nicht von der Devisen-Zentrale (die aufgelöst ist), sondern von der Nationalbank einzuholen ist. Ebenso wird der Devisenhandel bei der Nationalbank monopolisiert. Eine Erleichterung ist insofern eingetreten, als ausländische Firmen in Ungarn Kreditoperationen in ausländischen Zahlungsmitteln durchführen können und daß die Ausfuhr von fremden Zahlungsmitteln vollständig freigegeben wird. Ausländer dürfen aber nur über solche inländischen Kronen-Guthaben verfügen, die mit amtlicher Bewilligung entstanden sind. Die Ausfuhr von Wertpapieren oder die Deponierung von Wertpapieren ist nur gestattet, wenn 50 pCt. des Wertes der zu deponierenden Papiere in ausländischen Zahlungsmitteln der Nationalbank eingeliefert werden, die für diese Devisen ungarische Kronen gibt.

Vereinigte Berliner Mörtelwerke. Die Zwangswirtschaft im Wohnungswesen, die jeden Anreiz zu rentabler Bautätigkeit nimmt, ist auf den Geschäftsgang des Unternehmens im Jahre 1923 nicht ohne Einfluß geblieben. Produktion und Absatz gingen um ein Drittel des Vorjahres zurück. Das Bruttoerträgnis stellte sich auf 98 103 Bill. M. Der nach Abzug der Unkosten verbleibende Reingewinn sol auf neu Rechnung vorgetragen werden. Angesichts der in diesm Jahre zahlreicher gewordenen Bauvorhaben konnte die Gesellschaft eine Anzahl größerer Abschlüsse tätigen, so daß vorbehaltlich neuer Erschütterungen des Geldwesens mit erhöhten Umsätzen für das laufende Geschäftsjahr gerechnet werden kann. Aus dem Erlös des Charlottenburger Terrains wurde der größte Teil der Hypotheken abgedeckt und der Autopark vergrößert. In der Bilanz werden aufgeführt: Vorräte 41 443, Kassenbestand 2201, Schuldner, dagegen Gläubiger 63 262 (alles in Bill. M.).

Elektrizitäts A.-G. vorm. W. Lahmeyer & Co., Frankfurt a. M. Die Gesellschaft erzielte in dem am 31. März 1924 beendeten Geschäftsjahr einen Gewinn aus Wertpapieren, Zinsen und sonstigem von 506 970 Bill. M., wogegen allgemeine Unkosten 309 454, Steuern 143 582 und Unkosten betreffend Aktienausgabe 1923 8183 Bill. M. beanspruchten, so daß ein Ueberschuß von 45 749 Bill. M. verbleibt, der auf neue Rechnung vorgetragen wird. Bei allen der Gesellschaft nahestehenden Elektrizitätsbetrieben und Straßenbahnen mußte nicht nur von jeder Gewinnverteilung abgesehen werden, sondern konnten auch vielfach die notwendig erscheinenden Rücklagen nicht in genügendem Maße gemacht werden. Seitdem mit der Stabilisierung die Strom- und Beförderungspreise auf eine sichere Grundlage gestellt werden konnten, zeigte der Stromabsatz im allgemeinen wieder eine langsame Aufwärtsbewegung. Wie auch schon im vorigen Berichte, stellt sich die Verwaltung wieder auf den Standpunkt, daß die Strompreise, insbesondere für Licht und Kleinkraft, mindestens nicht herabgesetz werden dürfen, um den Elektrizitätsversorgungsbetrieben durch angemessene Preise die Möglichkeit zu geben, ihre Anlagen vor Verfall zu bewahren und neue Anlagen entsprechend dem fortschreitenden Bedarf schaffen zu können. Diesen Standpunkt müssen wir weiterhin, besonders in einer Zeit, da sehr viel von dem Preisabbau erwartet wird, für sehr bedauerlich halten. Wenn z. B. wie weiter erwähnt wird, bei den Straßenbahn-Betrieben die Friedensverkehrsziffern auch nicht annähernd erreicht sind, so muß das zum großen Teil auf die Preispolitik zurückgeführt werden. — In der Bilanz befinden sich Wertpapiere und Beteiligung mit 120 919, Vorschüsse an nahestehende Unternehmungen mit 466 860, verschiedene Schuldner mit 2 362 114, Guthaben für Werkbauten und geleistete Anzahlungen mit 42 069, Bankguthaben mit 790 576 und Kassenbestand mit 29 076 Bill. M.; dagegen Kreditoren für Warenlieferungen und Gutschriften auf Abrechnungen mit 3 769 53 Bill. M. Das Geschäftsjahr soll künftig auf die Zeit vom 1. Juli bis 30. Juni verlegt werden.

Berliner Wäschefabrik A.-G. vorm. Gebr. Ritter. Wie wir erfahren, wird für das abgelaufene Geschäftsjahr eine Dividende von 2 Rentenmark vorgeschlagen werden. Das Ergebnis ist zufriedenstellend. Die Frage der Umstellung der Bilanz auf Goldmark wird in einer neuen, später zu berufenden G.-V. behandelt werden.

Weiterer Verlauf der Börse.

Im Verlauf bröckelten die Kurse weiter ab. So waren Deutsch-Luxemburg 42¾ nach 45⅛, Gelsenkirchen 47 nach 47½, Phönix 23⅝ nach 23¾, Goldschmidt 9½ nach 10, Scheidemandel 15½ nach 16⅛, Elektr. Liefrg. 10 nach 10¼, Orenstein 10¾ nach 11.

Gegen ¾2 Uhr machte sich eine weitere Neigung zu Realisationen geltend. Kriegsanleihe gab auf 128 nach, Hochbahn-Aktien, die zeitweilig bis uf 41¼ gestiegen waren, erfuhren eine Abschwächung bis auf 40, für Schutzgebietsanleihe hörte man einen Kurs von 1,3½. Deutsche Erdöl, deren höchster Kurs heute 37 war, schwächten sich auf 34,5, Deutsche Petroleum auf 8¾ ab.

Der Kasstamarkt lag fester. Höher u. a.: Bremer Vulkan 4⅛, Chem. Gelsenkirchen 4, Mühlheimer 4⅛, Preußengrube 2, Eintracht 2½, niedriger waren: Körbisdorfer Zucker 8.

2-Uhr-Kurse.

Daimler 2,2, Hirsch Kupfer 17,25, Hammersen 7,75, Ilse Bergbau 10,62, A.E.G. 6,62, Ges. f. elektr. Unternehmen 15,1, Schuckert 27,75, Elektr. Licht 6,75, Siemens u. Halske 39,, Laura 4,75, Deutsch-Luxemburg 42,25, Gelsenkirclen 47, Caro 9,37, Oberbedarf 9,37, Phönix 25,12 Harpener 51,75, Hohenlohe 15,75, Rheinstahl 21,75, Riedel 2,8, N.A.G. 2,5, Schulheiß 15,75, Orenstein 10,75, Leonh. Tietz 2,25, Solzdetfurth 12,75, Telephon Berliner 4,87, Elektr. Hochbahn 40, Ludwig Loewe 71, Berlin-Karlsruher Ind. 69, Charlottenb. Wasser 17,75, Hamburg. Paket 21,5, Nordd. Lloyd 4,25, Hansa 8,87, Hamburg-Süd 30,5, Kriegsanleihe 129 Milliarden, Bank elektr. Werte 3,87, Barmer Bankv. 1,3, Darmstädter 6,62, Disconto 7,75, Mitteldeutsche 1,5, Berliner Handelsges. 21,12, Deutsche Bank 7,25, Dresdner 4,37, Commerz-Bank 3,62, Sloman 7,25, Salitrera 225, Diamond 13,25, Deutsche Petroleum 9,12, Deutsche Erdöl 35,25.

*

Sowohl in Devisen, wie auch am Notenmarkt kam naturgemäß wieder volle Zuteilung zustande.

Am Markt der Dollarschatzanweisungen war zwar das Angebot nicht groß, andererseits bestand kaum Nachfrage. Der Kurs wurde daher weiter auf 77,20 pCt. herabgesetzt. Unverändert Goldanleihe 4,2 Bill., Gold-K-Schätze 600 Milliarden.

Neue variable Papiere an der Kölner Börse. Auf Veranlassung des Börsenvorstandes sind in den Kreis der an der Kölner Börse zu fortlaufenden schwankenden Kursen gehandelten Wertpapiere folgende einbezogen worden: Berliner Handels-Gesellschaft-, Commerz- und Privatbank-, Darmstädter und Nationalbank-, Essener Kreditanstalt-, Mitteldeutsche Kreditbank-, Bochumer Gußstahl-, Deutsch-Atlantische Telegrafen-, Deutsche Erdöl-, Harpener Bergbau-, Klöckner-Werke-, Laurahütte-, Schucker Elektrizität- und Leonhard Tiertz-Aktien. Der erweiterte Handel findet ab 25. Juni statt.

Elektrizitätswerk und Straßenbahn Braunschweig, A.-G. In der o. G.-V. waren 5 Aktionäre mit 10 846 Stimmen vertreten. Geschäftsbericht und Gewinn- und Verlustrechnung für 1923 wurde genehmigt. Die Einnahmen betrugen einschließlich des vorjährigen Gewinnvortrages und der Zinsen etwa 398 807 Billionen Mark, der verfügbare eberschuß etwa 369 Billionen Mark. U Es wurde beschlossen, letzteren auf neue Rechnung vorzutragen. Generaldirektor Ernst Lamm-Berlin wurde neu in den Aufsichtsrat gewählt. Ueber die Lage des Unternehmens teilte der Vorstand mit: Die Wirtschaftslage der Gesellschaft kann als befriedigend bezeichnet werden. Die Abgabe elektrischer Arbeit hat seit Beginn des Jahres wieder stetig zugenommen, so daß nach den Ergebnissen der ersten fünf Monate voraussichtlich mindestens die bisherigen Höchstzahlen in der Abgabe von 1922 erreicht werden. Die Betriebseinschränkungen der Straßenbahn, die die Inflationszeit nötig gemacht hatte, konnten aufgehoben, und der Verkehr konnte ständig dem Verkehrsbedürfnis entsprechend verstärkt werden.

Amtliche Kurse der Berliner Börse

vom 23. Juni 1924

Fortlaufende amtliche Notierungen

Festverz. Werte	Zs.		Einh.-Kurse heute	vor.
Dt. Doll. Sch.			77,20	77,50
Dt.Schatz 16 IV-V	4½		—	—
do. 6-9 Agio	4½		56	47
do. fällig 24	4½			
Dt. Reichs-A.	5	125-129	128½	135
do.	4	400	395	410
do.	3½	270	261	290
do.	3	730	730	720
Pr. Schatz 7-15			3,90	3,80
do. 24	5			—
do.1.5.25	5			—
do. ausl.	4		—	—
do. Hibernia	4½		—	—
Pr. kons.Anl.	4	260	260	272
do.	3½	250	250	265
do.	3	285	285	300
Bayer. St.-A.	4		450	440
do.	3½		440	400
In Billionen Prozent				
Mazed. Gold	3	5,50	5,25	5,25
Mexik. Anl.	5		37,50	37,00
do.	4		—	—
Mexik. Bew.	4½		23,00	—
Oest.Sch. 14	4½		5,00	5,50
Ham. Eis.-A.	4½		1,40	1,25
Oest.Gold-R.	4		7,00	7,00
Oest. Kr.-R.	4		—	—
do.konv.J.J.	4		0,425	—
do.knv. M.N.	4		—	—
do. Silber	4½		0,75	0,40
do. Papier	4½		—	—
Türk. B.-E.	4	7,13	6,75	6,38
Türk. unf.	4	6,00	5,75	4,75
do. 06	4		—	—

	Zs.		heute	vor.
Türk. Zoll-A.	4	5,70	5,38	4,25
Türk. 400 F.	—	20,00	19,50	18,30
Ung. St.R.13	4		—	2,00
Ung. St.R.14	4½	2,00	1,88	— G
do. Gold-R.	4	4,13	3,70	3.25
do. St.R. 10	4	4,25	4,00	4,00
do. Kr.-Rt.	4	0,975	0.775	0,575
Lissb. St.f. II		1,70	1,70	1,50
Anat. E. S. 1	4½	6,88	6,38	6,00
do 2	4½		5,30	5,00
Lomb.-O. 2,6	—	8,00	7,50	7,75
Lomb. neue	—	7,50	7,50	7,25
Tehuant.-N.	5		—	—
do.	4½		—	—
Franzosen	—		26,00	27,00
Baltimore	—		24,50	21,00
Canada Abt.	—	6,88-7,10	7,10	6.25
Schantung	—	0,45	0,425	0,425
Dt Austr. D.	360	22,25	21,50	22,00
Hbg.-Am.P.	30	21,60-21,50	21,40	20,70
Hb.-Südam.	330	31,00-30,50	30,25	31,00
Hansa	50	8,75-8,88	8,90	8,80
Kosmos	240	16,25	16,25	15,75
Nordd. Lloyd	30	4,50-4,25	4,28	4,50
Roland Linie	65	8,50	8,60	8,30
Stett. Dampf	150	2,40	2,30	2,25
Verein. Elbe	150	2,10	2,00	2,10
Elektr. Hochb	40	40,00	39,88	40,00
Bank el. W.	25	3,88	3,88	4,25
B. f. Brauind.	50	0,975	0,975	0,85
Barm. Bankv.	150	1,40-1,30		1,30
Bayr. H.-u.W.	150	1,90	1,88	1,80
Bayr. V.-Bk.	200	1,60	1,50	1,40
Brl.Hand.-G.	200	21,38-21,13	21,13	21,00
Commerzbk.	150	3,70-3,63	3,63	3,63
Darmst u.Nat	200	6,75-6,63	6,60	6,25
Deutsche Bk.	300	7,40-7,25	7,30	7,00
Discontoges.	250	8,00 7,75	7,75	7,50
Dresdn.Bank	200	4,50 -4,38	4,38	4,25
Essen. Kr.-A.	100	1,60	1,50	1,50
Leipz. Kredit	200	1,30	1,40	1,40
Mitteld.Kred.	150	1,60-1,60	1,63	1,70
Oest. Kredit	100	0,35	0,35	0,325
Wiener B.-V.	100	0,25	0,25	0,225
Schulth.-P.	55	15,75-15,90	16,00	14,00
Akkumulator.	25	20,12	20,20	19,50
Adlerwerke	130	1,50-1,40	1,40	1,25
A.-G. f. Anilin	300	9,70	9,50	9,13
A. E. G.	25	6,88-6,63	6,60	6,90
Anglo Guano	100	7,50-9,50	9,90	9,30
Aschaff. Zst.	600	16,00	16,25	16,00
Augsbg. Nbg.	25	17,75-18,20	18,20	17,75
Bad. Anilin	300	12,87	12,38	12,25
Basalt A.-G.	250	6,87	6,50	6,70
Berger Tiefb.	100	2,30	2,25	2,00
Bergmann	200	8,63	9,38	9,63
Berl. Anh. M.	100	5,13-5,00	5,00	4,63
Brl.Burg.Eis.	40	1,10	1,00	0,90
Brl. Krisr. In.	250	73,00-69,00	69,00	72,00
Berl. Masch.	66⅔	10,88-10,38	10,38	10,13
Bingwerke	150	1,80	1,75	1,88
Bochum. Guß	90	45,25	44,00	45,00
Gebr. Böhler	30	25,00-22,00	23,00	24,00
Buderus	100	8,25	8,10	7,60
Busch Wagg.	75	5,88	5,13	5,40
Byk Guldenw.	0	1,60	1,50	1,40
Calmon Asb.	70	0,65	0,69	0,60
Charl. Wass.	20	19,25-17,75	17,63	19,00
Chem. Gries.	300	9,75	9,80	9,13
Chm. v. Heyd.	200	2,00	1,90	2,00
Cont. Caout	10	5,80	5,70	5,60
Daimler	200	2,25-2,20-2,13	2,20	2,25
Dessau. Gas	50	23,00-22,50	22,50	23,00
Dt.-Atl. Tel.	7	9,13	9,00	9,13
Dt.-Luxemb.	80	44,50-42,25	42,00	42,00
Dtsch. Erdöl	400	35,60-35,25	35,25	33,90
Dtsch. Kabel	100	0,725	0,75	0,825
Dtsch. Kali	100	29,00	27,30	29,40
Dt. Masch.	300	4,00	3,75	4,00
Dtsch. Werke	20	4,30	4,25	4,40
Dtsch. Wollw.	250	2,38	2,13	2,00
Dt. Eisenhdl.	75	3,50-3,60	3,75	3,13
Drahtl. Ueber	50	4,63-4,40	4,50	4,30
Dyn. Nobel	200	5,38-5,25	5,30	5,00
Eisenb.-Vrk.	500	10,00-9,50	9,50	9,50
Elberf. Farb.	300	10,38	10,13	9,63
Elektr. Lief.	30	10,25	9,70	9,60
Elektr. Licht	25	6,75	6,70	6,70
Ess. Steink.	80	49,00-50,50	50,00	47,00
Fahlbg., List	100	2,63	2,60	2,50
Feldm. Pap.	300	2,75-2,40	2,40	2,90
Felt.&Guil.	1970	18,38	17,60	17,50
Gelsk. Brgw.	80	48,50-47,00	47,00	46,75
Ges.f.el.Unt.	100	15,00-15,10	15,00	14,75
Goldschmidt	150	10,00	9,10	9,88
Görl. Wagg.	0	2,75-2,62	2,63	2,50
Gotha Wag.	4000	1,60-1,50	1,60	1,60
Hacketh. Dr.	100	1,40-1,38	1,38	1,20
Hammersen	100	8,25-7,75	7,75	8,00
Hann Wagg.	30	4,88	4,80	4,75
Hansa-Lloyd	50	0,60-0,55	0,55	0,525
Harb. Gummi	50	1,60	1,60	1,50
Harpener	50	53,00-51,75	52,25	52,25
Hartm S. M.	50	2,60	2,50	2,38
Held & Frcke	50	0,675	0,63	0,575
Hirsch Kupf.	200	17,75-17,25-6,75	17,40	16 50
Höchster Fw.	300	9,75	9,05	9,13
Hoesch Eisen	45	31,50-29,88	29,88	29,00
Hohenlohe	100	16,50-15,75	15,75	16,00
P. Holzmann	45	2,40-2,25	2,25	1,75
Humboldt M.	0	13,00-12,50	12,63	12,50
Ilse Bergbau	100	11,00-10,63	10,63	10,25
Junghans	1 G-M	4,70	4,70	4,50
Kahlbaum	75	15,50	16,00	13,75
KaliAschersl.	150	7,38	7,25	6,60
Karlsruhe M.	½ $	2,13	2,10	2,00
Kattowitz	4000	18,50	18,00	17,75
C. W. Kemp	100	0,575	0,575	0,60
Klöckner Wk.	30	41,75	40,00	40,50
Köln-Neuess.	50	30,13	29,38	29,00
Köln-Rottw.	200	5,40-4,90	5,20	5,10
Gebr.Körting	100	4,80	4,60	4,88
KraussC.Lok.	100	3,50	3,10	3,30
Lahmeyer	200	6,25	6,10	6,25
Laurahütte	500	5,00-4,75	4,88	4,88
Linke-Hofm.	240	9,50	9,13	9,00
Ludw. Loewe	250	73,00-71,00	71,00	72,63
C. Lorenz	150	3,37-3,25	3,20	2,88
Mannesmann	50	26,00-25,00	25,00	24,75
Mansfelder	150	2,50-2,30	2,30	2,60
Dr. P. Meyer	150	0,63	0,63	0,65
Motor. Deutz	20	14,50-13,75	13,75	13,75
National Auto	50	2,25	2,50	2,00
Nordd. Wolle	600	31,50	29,25	30,10
Oberbedarf	20	9,81-9,37	9,60	9,13
Obrschl.Caro	200	9,50-9,37	9,10	9,00
do. Koks	400	35,50	34,75	33,30
Orenstein	175	10,87-10,75	10,63	10,00
Ostwerke	75	16,87	17,63	17,00
Phönix Brgb.	50	23,90-23,12	23,60	23,50
Pöge Elektr.	0	1,12	1,13	1,10
Polyphon	200	3,50	3,50	3,50
Rathg.Wag.	4000		3,90	3,50
Rh Braunk	500	28,00-27,13	27,38	27,38
Rh. Metallw.	7½	4,13	4,00	3,75
do. Stahlwrk.	150	21,50-21,75	21,50	20,25
Rh.-W. Spgst	160	3,80	3,50	3,40
Rhenania	200	4,38	4,13	4,00
J. D. Riedel	200	2,88 2,80	3,00	2,60
Rombacher	25	10,75	10,13	9,75
Rückforth F.	100	0,475	0,45	0,45
Rütgerswrk.	200	9,00	8,63	8,25
Sachsenwerk	50	1,00	1,00	1,00
Salzdetf. Kali	350	13,00-12,75	13,00	11,75
Sarotti Sch.	0	0,95	0,85	0,925
Scheidemdl.	75	16,13	15,75	15,88
Schl.Bg.Zk.	254½	29,00	29,00	28,50
do Textilwk.	4000	1,90	1,90	2,00
H. Schneider	150	3,63	3,50	3,40
Schub. & Slz.	300	6,75	6,75	6,40
Schuckert	66⅔	28,50-27,75	27,50	26,63
Sieg.Sol.Guß	600	1,00-0,90	0,90	0,95
S. & Halske	80	41,00-39,00	39,00	38,25
Stett. Vulkan	50	12,30-11,50	12,00	12,40
StinnesRieb.	400	37,00-35,25	35,50	35,50
StöhrKmgrn.	200	57,00-59,00	57,00	54,75
Stolbrg. Zink	200	27,50	26,60	26,00
Tel. J.Berlin.	35	5,25-4,88	4,88	3,75
Thörls Oelfb.	100	4,25-4,10	4,10	3,63
Leonh. Tietz	75	2,25-2,25	2,20	2,10
Türk. Tabak	—			
UnionGießer.	125	4,38	4,00	3,63
Ver.Schuhfb.	70	1,60-1,50	1,50	1,50
VogelTel. Dr.	50	2,00	1,80	1,90
Voigt&Haeffn	150	1,25-1,30	1,20	1,40
WeserSchiffb	0		6,25	6,00
Westeregeln	200	10,90	10,80	10,13
R. Wolf	100	4,30	4,25	4,00
Zellst.Waldh.	300	6,75	6,50	6,40
Zimmrm.W.	1000	0,625	0,625	0,625
Neu-Guinea	6		2,63	2,50
Otavi Minen	7½	24,70	22,50	22,00

Deutsche Staats-Anl. in Milliarden Mark

	Zs	heute	vor.
Dt. Wertb. A. 23		4200	4200
Dt. Wertbest. Al. .1-5 Doll		4200	4200
do.6?10-1000		4200	4200
Dt. Doll.Sch. in %			77,50
[illegible]			

	Zs.	heute	vor.
Pr.C.Bd.Rog.K.	5	2,30	2,30
Pr.Lds.Goldpf.	5	0,94	0,94
Pr Kaliw. Anl.	5	2,35	2,25
Pr.Roggenw A.	5	2,90	3,00
Pr.Ztrtsch.Gold	5	3,70	—
Pr.Sachs.Ld.R.	5	2,30	2,22
Rh.M. Don Gd.	5	1,65	1,85
[illegible]			

Ausl. Eisenb.-Obligat.

	Zs.	heute	vor.
Albrechtsbahn	4	1,00	1,00
Oest.-Ung. St.B. alte	3	8,75	8,25
Oest.-U. Gold	4	2,50	2,75
Raab Oedenb	3	1,00	0,35
Anat. Eb. S. 3	4½	4,88	5,00

Brauereien

	Div.	heute	vor.
Bergschl Neuk	60	18,00	18,50
Berl. Kindl Br.	48	36,00	34,00
do. St.-Pr.	50	34,00	34,00
Bolle Weißb.	18	—	— G
Dtsch. Bier	22	4,00	3,80
Engelhardt	30	15,75	15,00
[illegible]			

	Div.	heute	vor.
Brem.Allg.G.	250	1,00	0,90
- Linoleum	50	12,25	12,00
- Vulkan	250	41,50	37,00
- Wollkämm.	30	70,00	70,80
Büchner Wk.	100	3,20	3,00
Bürstf. Kränzl	80	1,60	1,20
E. Busch opt.	500	2,90	2,75
F. W. Busch	1000	2,00	2,40
[illegible]			

	Div.	heute	vor.
Eschw. Bergw.	14	66,00	66,00
- Rating.Mt	100	0,60	0,63
EtzoldKiesel	300	2,80	2,90
Excels. Fahrr.	50	2,25	2,30
Fab. Bleist.	100	8,20	7,50
Fainirwerk	35	2,13	2,13
Falkenst.Gard.	0	7,00	7,00
[illegible]			

	Div.	heute	vor.
Humboldtm.	0	1,70	1,70
Ludw.Hupfeld	40	2,00	2,10
Huta-Werke	60	1,00	1,00
C.M.Hutschenr.	0	3,75	3,90
Lr.Hutsch.	2000	15,25	16,10
H.Kayser&C.	200	19,00	22,00
H.Nd.-Schw.	100	0,45	0,45
[illegible]			

	Div.	heute	vor.
Mannm-M.	212½	12,00	10,25
Marg Schroed	75	0,40	0,40
Marie kons Bg	0	28,00	30,00
Marienhü.	1000	3,88	3,90
Mark P.-Z.	100	—	—
Markt-u.Kühl	30	6,50	6,75
Masch. u. Kran	0	1,30	1,20
[illegible]			

	Div.	heute	vor.
Rh.Elektriz.	100	4,50	4,00
- do. Vorz.	2½	0,525	0,525
- Gerbstoff	30	— G	— G
Maschiad.	50	2,70	2,70
Rh. Möbelst.	150		1,00
- Nass. Bgw.	30	45,00	—
- Rückf.Wke.	10	0,125	0,15
[illegible]			

	Div.	heute	vor.
Tempelhf.F.o.D.		3,80	3,80
Terra A.G.	2000	2,90	2,75
Terr.Hohenzk.	0	1,75	—
- W.Botan.G.	o.D	7,00	7,00
- Nd.Schönh.	14	3,13	3,10
- Nordost	0	—	—
- Rudow-Joh.	0	3,50	3,55
[illegible]			

Deutsch. Provinz.-Anl. — Preußisch. Pfandbriefe — Hypothek.-Pfandbriefe in Milliarden Prozent — Wertbeständ. Anleih. in Billionen Mark — Ausländisch. Anleihen — Deutsche Eisenb.-Akt. in Billionen Prozent — Kleinbahn-Aktien — Schiffahrts-Aktien — Bank-Aktien — Industrie-Aktien — Kolonial-Werte

[illegible]